

Wiesbadener Tagblatt.

Druck und Verlag:
L. Scheibenberg'sche Buchdruckerei, „Tagblatt-Haus“.
Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends,
außer Sonn- und Feiertagen.

Wöchentlich
mit einer täglichen



7 Ausgaben
Unterhaltungsbeilage.

Erscheinungszeit:
Täglich nachmittags, Sonntags vor u. nachmittags
Fernsprecher-Sammel-Nr. 59621.
Berliner Büro: Berlin-Wilmersdorf.

Bezugspreise: Im Verlag abgeholt: 66 M.-Pfg., in den Ausgabestellen: 66 M.-Pfg., durch die Träger ins Haus gebracht: 8 M.-Pfg. — für eine Bezugszeit von 2 Wochen. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Anzeigenpreise: Erst. Anzeigen 30 M.-Pfg., auswärts. Anzeigen 30 M.-Pfg., 6. u. 7. Klassen 10 M.-Pfg., 1. u. 2. Klassen 15 M.-Pfg., 3. u. 4. Klassen 10 M.-Pfg., 5. u. 6. Klassen 10 M.-Pfg. — für die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. — Schluss der Anzeigen-Aufnahme 10 Uhr vormittags. Größere Anzeigen müssen spätestens einen Tag vor dem Erscheinungstage aufgegeben werden.

Telegramm-Adresse: Tagblatt Wiesbaden.

Höchste Abonnentenzahl aller Tageszeitungen Wiesbadens und Nassaus.

Postfachkonto: Frankfurt a. M. Nr. 7805.

Nr. 269.

Samstag, 10. Oktober 1931.

79. Jahrgang.

Das zweite Kabinett Brüning.

Es kehren nicht wieder: Curtius, Wirth und von Guérard. — Voraussichtlich eine Mehrheit im Reichstag.

Die Ministerliste.

Berlin, 9. Okt. Reichspräsident v. Hindenburg hat heute Abend den Reichskanzler Dr. Brüning in seinem Amte als Reichskanzler bestätigt. Auf Vorschlag des Reichskanzlers hat der Reichspräsident den Reichsminister Dietrich als Reichsminister der Finanzen und Stellvertreter des Reichskanzlers, den Reichs-



Professor Dr. Warmbold,
der künftige Reichsverkehrsminister.

minister Dr. h. c. Groener als Reichswehrminister, den Reichsminister Dr. h. c. Stegerwald als Reichsarbeitsminister, den Reichsminister Dr. Schäkel als Reichspostminister, den Reichsminister Dr. h. c. Schiele als Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft bestätigt und mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen den Reichskanzler Dr. Brüning, mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Innern, den Reichswehrminister Dr. h. c. Groener beauftragt.

Zum Reichswirtschaftsminister hat der Reichspräsident auf Vorschlag des Reichskanzlers den preussischen Staatsminister a. D. Prof. Dr. Warmbold, zum Reichsverkehrsminister den bisherigen Reichsminister ohne Geschäftsbereich Treviranus, und zum Reichsminister der Justiz den Staatssekretär im Reichsjustizministerium Dr. Joel ernannt.

Reichspostminister Dr. Schäkel hat seine endgültige Erklärung über sein Verbleiben im Amte dem Reichspräsidenten gegenüber noch bis morgen vorbehalten.

Das bisher vom Reichsminister ohne Geschäftsbereich Treviranus verwaltete Amt des Reichskommissars für die Oststelle wird anderweitig besetzt werden; die Entscheidung hierüber steht noch offen.

An die Arbeit!

Hitler bei Hindenburg.

as. Berlin, 10. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Das 18. deutsche Nachkriegskabinett ist gestern Abend kurz nach 10 Uhr ernannt worden. Es wird heute die erste Sitzung abhalten, um die Regierungserklärung zu besprechen, die der Kanzler am Dienstag im Reichstag abgeben wird.

Im allgemeinen nimmt man an, daß das Kabinett im Reichstag über eine, wenn auch geringe Mehrheit verfügen wird.

Voraussetzung ist allerdings, daß man mit der Bayerischen Volkspartei zu einer Verständigung gelangt, deren Führer heute mit Dr. Brüning verhandeln werden. Man weiß, daß den Bayern verschiedene Bestimmungen der letzten Notverordnung nicht passen und so werden sie denn zweifellos versuchen, von dem Kanzler Zugeständnisse zu erlangen. Es ist aber wohl anzunehmen, daß es Dr. Brüning gelingt, die Bayern bei der Stange zu halten. Ebenso kann das Kabinett im allgemeinen auf die sogenannte Halbrechte zählen. Das heißt auf jene Rechtsgruppen, die schon das erste Kabinett Brüning unterstützten. Sehr schwierig ist die Haltung der Volkspartei vorauszufragen.

Daß die ganze Volkspartei etwa gegen das Kabinett stimmen wird, erscheint nicht sehr wahrscheinlich. Man wird zum mindesten einen Teil der volksparteilichen Stimmen für das Kabinett einsehen können, zumal sich bei den Abstimmungen selbst die Haltung oft etwas anders entwickelt, als in den Artikeln, die vor der Abstimmung geschrieben werden.

Die Sozialdemokraten werden sicherlich auch das zweite

Kabinett Brüning tolerieren nach dem alten Motto, daß es sich hier um das kleinere Übel handelt. Unter diesem Gesichtspunkt betrachten die Sozialdemokraten auch die Betrauung des Reichswehrministers Groener mit der Leitung des Innenministeriums, wobei sie jetzt schon an Groener appellieren, daß er sich mehr als Verfassungsminister, denn als Reichswehrminister fühlen möchte. Im übrigen hat gerade die Betrauung Groeners mit dem Innenministerium das lebhafteste Interesse der französischen Blätter erweckt. Die offizielle Havas-Agentur schreibt, daß das zweite Kabinett Brüning unter diesen Umständen

der politische Ausdruck einer faktischen Diktatur sein werde, die durch das tiefe Einverständnis zwischen 3 Männern realisiert werde, nämlich zwischen Reichspräsident v. Hindenburg, Reichskanzler Brüning und Innen- und Reichswehrminister Groener.

Die französische Presse selbst kommentiert die Nachricht noch nicht, da die Meldung zu spät in Paris einging.

Sicher ist, daß die Rechtsopposition in Harzburg morgen gegen das Kabinett Stellung nehmen wird. Möglicherweise wird es aber doch auf den Verlauf der Tagung nicht ohne Einfluß bleiben, daß der nationalsozialistische Führer Hitler heute von Hindenburg empfangen wird. In amtlichen Berliner Kreisen betont man, daß dieser Empfang mit der Regierungsbildung nichts zu tun habe, sondern schon, was tatsächlich zutrifft, vor längerer Zeit in Aussicht genommen worden sei.

Hitler wird auf diese Weise jedenfalls die Möglichkeit haben, dem Reichspräsidenten seine eigenen Pläne zu entwickeln, während dem Reichspräsidenten die Möglichkeit gegeben ist, dem Führer der zweitgrößten deutschen Partei auseinanderzusetzen, welche Gründe ihn selbst bestimmen haben, in dieser schweren Zeit an dem Reichskanzler Dr. Brüning festzuhalten.

Es wäre also wohl denkbar, daß diese Unterhaltung nicht ganz ohne Einfluß auf den Verlauf der Harzburger Tagung bliebe.

Das Kabinett selbst wird zunächst an die Arbeit gehen müssen und es wird nun, wie schon bei der Verkündung der Notverordnung von amtlicher Seite gesagt wurde, beschleunigt ein Wirtschaftsprogramm aufstellen müssen. Bei den Beratungen sollen Persönlichkeiten hinzugezogen werden, die durch ihre Stellung im Wirtschaftsleben und ihre sozial- und wirtschaftspolitischen Kenntnisse zur Mitarbeit besonders berufen erscheinen.

Die neuen Minister.

Reichswirtschaftsminister Professor Dr. phil. Dr. Landwirtschaft e. h. Hermann Warmbold wurde 1876 in Klein-Heinrich (Bezirk Hildesheim) geboren. Er studierte Landwirtschaft und Volkswirtschaft, wurde 1911 landwirtschaftlicher Organisator in Ostland und 1913 Leiter der Abteilung für Wirtschaftsberatung bei dem Hauptwirtschaftsdirektorium in Berlin. 1917 wurde er Professor an der Landwirtschaftlichen Hochschule in Hohenheim und 1919 Ministerialdirektor im Landwirtschaftsministerium in Berlin. Dem Kabinett Stegerwald im Jahre 1921 gehörte er als Landwirtschaftsminister an. Nach seinem Rücktritt wurde er 1922 Vorstandsgesamtleiter der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen.

Reichsjustizminister Dr. jur. Kurt Walter Joel wurde 1865 in Greiffenberg (Schlesien) geboren. Er studierte Jura und wurde 1899 Staatsanwalt in Hannover und später in Berlin. 1906 wurde er Rechtsanwalt in Leipzig. 1908 Vortragender Rat im Reichsjustizamt und 1917 Direktor in diesem Amte und stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat. 1920 wurde Dr. Joel zum Staatssekretär und später zum Staatssekretär im Reichsjustizministerium ernannt. Seit dem Rücktritt des Reichsjustizministers Professor Dr. Brecht ist Dr. Joel Leiter seines Ministeriums.

Der Reichspräsident an die scheidenden Minister.

Dank für die pflichttreue Arbeit.

Berlin, 10. Okt. Der Reichspräsident hat gestern den aus der Reichsregierung ausgeschiedenen Reichsministern die Entlassungsurkunden mit persönlichen Begleichungen überreicht. In diesen Schreiben spricht der Reichspräsident den ehemaligen Ministern den Dank des Reiches sowie seinen persönlichen Dank für ihre pflichttreue Arbeit aus.

Zukunftsaufgaben unserer Handelspolitik.

Von Geheimrat Professor Karl Duisberg.

Die notwendige Ausdehnung unserer Ausfuhr ist nicht allein von unserer Wettbewerbsfähigkeit abhängig. In gesteigertem Maße treffen wir überall in der Welt Zollschranken, mit denen sich die Länder gegen unseren Export abschließen. Besonders bei den Reparationsgläubigern widerspricht dies völlig dem Sinn des „Neuen Planes“, wonach die Gläubiger die Zahlung der Reparationsleistungen in Form von gesteigertem Export in jeder Weise erleichtern sollten. Welche Zukunftsaufgaben ergeben sich aus dieser protektionistischen Tendenz für unsere Handelspolitik, die der Ausfuhr den Weg bahnen soll?

Aus der theoretisch richtigen, in der Praxis aber wegen des Fehlens einer ausreichenden Weltfriedensgarantie undurchführbaren allgemeinen Freihandels-tendenz ist die Welt in das andere Extrem, den Überprotektionismus, geraten. Diese Tendenz ist aber gleichbedeutend mit der Unterbindung jedes wirtschaftlichen Fortschritts in der Welt. Es gibt kaum irgendwo völlig autarke Länder, die sich einen hohen Zollschutz, wie er heute üblich ist, auf die Dauer leisten können.

Während bisher durch Handelsvertragsverhandlungen auf der Grundlage der Reißbegünstigung die Schwierigkeiten des internationalen Protektionismus für unseren Export mühevoll überwunden werden mußten, scheint sich jetzt eine neue handelspolitische Entwicklung anzubahnen. Aus der Enge des nationalen Wirtschaftsraumes streben kräftige Industriestaaten ebenso wie abfalljüngende Agrarstaaten nach größeren übernationalen Wirtschaftsräumen, die für einen größtmöglichen Anteil der Produktion Ausgleich in sich bieten und nach außen hin als starke Handelsvertragspartner auftreten können.

Begonnen wurden diese Bestrebungen äußerst zielbewußt in den Vereinigten Staaten, die mit Dollar und Gewehr nach Norden und insbesondere nach Mittel- und Südamerika ihre Einflusssphäre ausbreiteten. Als Ziel zeichnete sich der panamerikanische Wirtschaftsraum von Alaska bis zum Kap Horn ab.

Auch in Europa scheint dieses Ziel des regionalen Wirtschaftsraumes allmählich festeren Formen anzunehmen. Für die südeuropäischen Staaten, wie Südslowenien, Rumänien und Ungarn, wird die Absatzfrage für ihre landwirtschaftlichen Produkte nachgerade zu einer Existenzangelegenheit. Den notwendigen Absatz finden sie zum überwiegenden Teil in Deutschland. Was liegt für diese Staaten näher, als mit Deutschland, den fruchtigsten Partner, eine Verständigung auf wirtschaftlichem Gebiete zu suchen? Deutschland auf der anderen Seite hat mit Österreich erhebliches Interesse an der Entwicklung des südeuropäischen Absatzmarktes für industrielle Erzeugnisse. Wenn im gegenwärtigen Zeitpunkt auch nur 4 v. H. unserer Ausfuhr in Südeuropa Aufnahme finden, so steht doch zweifellos fest, daß die wirtschaftliche Entwicklung dieses Raumes, die durchaus schon in den nächsten Jahrzehnten möglich ist, die Aufnahme industrieller Erzeugnisse aus Deutschland um das Mehrfache steigern kann. Handelspolitisch wird letzten Endes eine Verständigung zwischen Deutschland, Österreich und den südeuropäischen Staaten — selbst wenn die geplante Zollunion vorläufig gescheitert ist — in irgend einer Form doch zustande kommen müssen. Und zwar durch Vereinbarungen, die den übrigen deutschen Export nicht gefährden dürfen, denn das Meistbegünstigungsprinzip muß unbedingt aufrecht erhalten werden.

Durch eine solche regionale Wirtschaftsverbindung könnte das europäische Problem von der Südostseite aus aufgerollt werden. Selbst wenn es gelingt, im Südosten zu einer tragbaren Regelung zu kommen — und nach allem, was man bisher auch aus Wien, Budapest, Belgrad und Bukarest hört, wird nach irgend einer neuen Lösung trampfhaft gesucht —, bleibt doch für eine endgültige Regelung des europäischen Problems die Frage einer wirtschaftlichen Verständigung mit Frankreich zu lösen. Erst ein geschlossener Wirtschaftsblock von Bordeaux bis Sofia wird Europa das wirtschaftliche Rückgrat geben, dessen es zur Behauptung seiner Bedeutung in der Welt bedarf. Denn während überall in der Welt neue Wirtschafts-räume zum Entstehen drängen, während sich ein pan-amerikanischer, ein indischer, ein chinesischer Wirtschaftsraum vorbereitet, droht Europa durch seinen inneren Zwist immer mehr an Bedeutung zu verlieren, zumal Rußland als mächtiger Wirtschaftsraum aus dem europäischen Gefüge ausgebrochen ist und England seine Interessen in seinem überseeischen Imperium gebunden sieht. Eine Sicherung und eine neue Blüte Europas können nur von der geschnittenen Etappe aus erfolgen. Während im Südosten die wirtschaftliche Vernunft über politische Starrheit zu siegen scheint, werden im Westen zurzeit die Stimmen der Einsicht und der Klugheit noch

non dem Geschrei chauvinistischer Agitatoren übertönt. Die Völker Mitteleuropas werden bald zu wählen haben, ob sie in vertrauensvoller wirtschaftlicher Zusammenarbeit eine neue Zukunft aufbauen oder ob sie in ihrer Zerrissenheit eine willkommene Angriffsfläche, wirtschaftlich und politisch, fremden Rassen und fremden Mächten bieten wollen.

Ebenso wie im Einzelleben handelt es sich auch im Völkerleben darum, persönliche Interessen, liebgewordene Ansichten und Überlieferungen zurückzustellen hinter die Belange der ganzen Nation. Wir Deutsche werden die schwerste Leistung seit dem Kriege vollbracht haben, wenn die Krise überwunden ist. Den neuen Aufschwung werden wir aber nur mit einer Gemeinschaftsgewinnung erkämpfen können, die das Schicksal des einzelnen zurücktreten läßt und über alles das Wohl der Nation stellt.

Nur dann wird uns ein fester und dauernder Aufstieg gelingen, wenn wir das Wort unseres großen Philosophen fester zum Geleit nehmen:

„Es wird sicherlich nie wieder irgend ein Wohlsein an uns kommen, wenn nicht jeder einzelne unter uns in seiner Weise tut und wirkt, als ob lediglich auf ihm das Heil des künftigen Geschlechtes beruhe!“

Preußen und die Reichsnotverordnung.

Ungeklärte Fragen.

Berlin, 9. Okt. Die neue umfangreiche Notverordnung des Reiches macht in vielen Punkten die Schaffung von Ausführungsbestimmungen notwendig. Zum Teil sind diese vom Reich selbst, zum Teil sind sie von den Ländern zu erlassen. In allen Ressorts ist man gegenwärtig mit der Abfassung der zahlreichen Ausführungsanweisungen beschäftigt. Es wird sich hier um eine neue Flut von Verordnungen der verschiedensten Art handeln. Darüber hinaus enthält die Notverordnung in einigen Punkten auch neue Ermächtigungen für die Länder, die ihre Ausführung wieder durch Notverordnungen der Landesregierungen finden werden.

Auch in Preußen wird vielleicht in nächster Zeit eine neue Notverordnung erlassen werden. Das preußische Kabinett hat am Donnerstag eine erste Sitzung abgehalten, in der man sich mit einigen Einzelheiten der Reichsnotverordnung befaßte. Befremden hat es in Preußen namentlich erregt, daß die in der letzten preußischen Notverordnung im Hinblick auf das vom Reich zugesagte gleichartige Vorgehen verfügte Aufrückungssperre für die Beamten in der Reichsnotverordnung überraschenderweise nicht enthalten ist. Dadurch sind die Länder, die ihrerseits bereits eine solche Vorschrift erlassen haben, in eine schwierige Lage gekommen, zumal eine so verschiedenartige Behandlung der Beamten zu unerträglichen Härten und Unzufriedenheit führt. Welche Folgenungen Preußen aus dieser Unterlassung des Reiches ziehen wird, steht noch nicht fest. Das preußische Kabinett wird erst Anfang nächster Woche abschließend zu dieser Frage Stellung nehmen.

Ungeklärt ist auch noch, welche Konsequenzen die für das Reich verfügte Verlängerung des Haushaltsjahres bis zum 30. Juni n. J. für die Länder haben wird. In Preußen hat man sich mit dieser Frage noch nicht beschäftigt. Die Ressorts sind nach wie vor dabei, den Etat für 1932 vorzubereiten, damit er rechtzeitig am Jahreschluss dem Landtag vorgelegt werden kann. Zweifellos sind die Länder, namentlich hinsichtlich der Einnahmenseite, vom Etat des Reiches stark abhängig. Es ist immerhin nicht ausgeschlossen, daß auch die Länder sich dem Vorgehen des Reiches in der Frage des Haushaltsjahres anschließen.

Vorläufig keine Senkung der Mieten.

Preußen durch Notverordnungen gebunden.

Berlin, 9. Okt. Der Hauptausschuß des Preußischen Landtags beschäftigte sich heute zunächst mit der Frage der Neugestaltung der Hauszinssteuer auf Grund eines volksparteilichen Antrags. Von den Deutschnationalen wurde eine baldige entschiedene Senkung der Hauszinssteuer verlangt, damit die Mieten wieder allgemein auf 100 Prozent der Friedensmiete gesetzt werden könnten. Ministerialdirektor Höpfer erwiderte, daß Preußen durch die drei Notverordnungen gebunden sei und nicht mehr selbständig vorgehen könne. Die Mieten entsprächen dem Lebenshaltungssindex. Man könne die Mieten nicht senken, weil dann die Neubauten dadurch nicht mehr zu vermieten seien. Der Ausfall in Preußen beträgt gegenwärtig 120 Millionen von den geschätzten 820 Millionen. Der volksparteiliche Antrag wurde durch die Notverordnung für erledigt erklärt.

Der zweite Rurfürstendammprozeß.

Ein Ablehnungsantrag gegen den Vorstehenden.

Berlin, 9. Okt. Vor dem Erweiterten Schöffengericht Charlottenburg begann heute vormittag unter großem Andrang der zweite Rurfürstendamm-Prozeß, der sich gegen den obersten Führer der Berliner Nationalsozialisten, Graf Helldorf, gegen den Stabsführer Ernst, den Jungstahlführer Brandt, die sämtlich in Haft sind, und gegen zwei weitere Nationalsozialisten, den Zeitungshändler Damerow und den Expedienten Karl Schulz, wegen Landfriedensbruchs und anderer Delikte richtet. Nach Eröffnung der Verhandlung brachte Rechtsanwalt Frank 2 namens der Verteidigung einen auf schriftlich mit ausführlicher Begründung formulierten Ablehnungsantrag gegen den Vorstehenden, Landgerichtsdirektor Schmitz, und den Beisitzer, Landgerichtsrat Thiemann, wegen Besorgnis der Befangenheit ein.

Der Staatsanwalt verlangte, daß die Akten der zuständigen Strafkammer zur Entscheidung zuguleiten seien, vor der sich die beiden Richter mündlich zu äußern hätten, ob sie sich für befangen hielten oder nicht. Die Staatsanwaltschaft halte den Ablehnungsantrag für unbegründet. Hierauf unterbrach der Vorstehende die Sitzung bis morgen vormittag 9 Uhr.

Neue Vorschriften zur Steueramnestie.

Grundsätzlich keine Verlängerung über den 15. Oktober.

Ein Erlass des Reichsfinanzministers.

Berlin, 10. Okt. (Eig. Drahtmeldung.) Der Reichsfinanzminister hat zur Frage der Steueramnestie einen neuen Erlass herausgegeben, in dem eine Reihe von Zweifelsfragen, die sehr bedeutend sind, geklärt werden. In diesem Erlass heißt es u. a.:

Über den 15. Oktober hinaus sollen die Amnestiefristen grundsätzlich nicht verlängert werden. Nur aus ganz besonderen Gründen kann im Einzelfall Fristverlängerung gewährt werden. Wie aber kann die Amnestiefrist für sich allein verlängert werden. Der Antrag auf Fristverlängerung bedarf einer eingehenden Begründung. In dieser Begründung hat der Steuerpflichtige darzulegen, warum er die Anzeige nicht rechtzeitig einreichen oder die Vermögenserklärung nicht rechtzeitig abgeben kann. Über den Antrag entscheidet das zuständige Finanzamt, auf Beschwerde das Landesfinanzamt.

Der Reichsfinanzminister hat bereits früher darauf hingewiesen, daß ein Steuerpflichtiger eine bereits abgegebene Vermögenserklärung 1931, die er zur Erlangung der Steueramnestie berichtigt will, vom Finanzamt zurückverlangen und durch eine berichtigte Vermögenserklärung ersetzen kann.

In diesen Fällen genügt ein einfacher Aktenvermerk darüber, daß die bereits eingereichte Vermögenserklärung dem Steuerpflichtigen zwecks Erlangung der Steueramnestie wieder ausgehändigt worden ist. Zwecks Kürzung des in der Erklärung abgegebenen Vermögens um den zum Erwerb von Reichsbahn-Anleihe aufzuwendenden Wertbetrag darf jedoch ein Steuerpflichtiger seine bereits abgegebene Vermögenserklärung nicht zurückverlangen; in diesem Fall muß der Steuerpflichtige, wenn er die Vermögenssteuerbefreiung bereits vom 1. Januar 1931 an in Anspruch nehmen will, dem Finanzamt gegenüber den Nachweis führen, in welcher Höhe er Reichsbahn-Anleihe erworben hat.

Um Zweifel auszuschließen, wie der Steueramnestie hinsichtlich der offenen Handelsgesellschaften und Kommanditgesellschaften zu verfahren ist, bemerkt der Reichsfinanzminister: Für die Frage, in welcher Höhe steuerfreie Reichsbahn-Anleihe zu zeichnen ist, wenn steuerpflichtige Werte bisher von der offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft nicht angegeben waren, ist von dem Vermögen, bzw. dem Einkommen der Gesellschaft, als solcher — nicht der einzelnen Gesellschafter — auszugehen. In diesem Fall muß also die Gesellschaft als solche Reichsbahn-Anleihe erwerben. Im Falle der Selbstanzeige kann ebenfalls die offene Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft als solche die Anzeige erstatten. In diesem Falle wirkt sich die Anzeige zunächst hinsichtlich der einheitlichen Feststellung aus und kommt auf diesem Wege allen Gesellschaften hinsichtlich des ihnen zugeflossenen, aber von der Gesellschaft nicht angegebenen Einkommens zugute.

Steueramnestie erlangt nur, wer Steuerpflichtige Werte einer bestehenden Rechtspflicht zuwider nicht angegeben hat. Zweifel waren entstanden, ob unter diese Voraussetzung auch zu niedrige Wertangaben fallen. Diese Zweifel sind jetzt geklärt: Diese Vorschrift gilt sowohl für die Erlangung der Amnestie durch Selbstanzeige als auch für die Erlangung der Amnestie durch Erwerb von Reichsbahn-Anleihe. Es ist ausdrücklich festgestellt, daß für die Anwendung der Steueramnestievorschriften kein Raum ist, wenn der Steuerpflichtige seine tatsächlichen Angaben richtig gemacht hat, aber — vorausgesetzt, daß kein Verschulden vorliegt — im Zweifel darüber ist, ob die von ihm vorgenommene Schätzung von Werten richtig war. In diesem Falle kommt auch eine Steueramnestie durch Erwerb steuerfreier Reichsbahn-Anleihe nicht in Betracht.

Es geht zum Beispiel nicht an, daß ein Steuerpflichtiger, dem unrichtige tatsächliche Angaben nicht vorgeworfen

werden können, dem Finanzamt mitteilt, er mache von der Steueramnestie Gebrauch, könne aber die Höhe des verschwiegenen Einkommens nicht angeben und wolle sich durch diese Anzeige gegen Nachforderungen infolge Höherbewertung bei der Buchprüfung schützen.

Ebenjowenig kann dieser Steuerpflichtige, wenn die Buchprüfung bei ihm stattgefunden hat und infolge Höherbewertung ein Mehreinkommen bei ihm festgestellt worden ist, nunmehr eine steuerfreie Reichsbahn-Anleihe in Höhe dieses Mehreinkommens vorweisen, um dadurch der Nachzahlung zu entgehen.

Die Erlangung der Steueramnestie hat zur Voraussetzung, daß der Steuerpflichtige nun wirklich steuerfrei wird. Steueramnestie wird dagegen nicht erlangt, wenn mehrere steuerpflichtige Werte nicht angegeben worden sind und nur für einen Teil Anzeige gemacht wird, oder wenn Reichsbahn-Anleihe nicht in der vorgeschriebenen Höhe erworben wird.

Auch die Steueramnestie ist grundsätzlich unteilbar; sie kann entweder nur durch Selbstanzeige oder nur durch Erwerb steuerfreier Reichsbahn-Anleihe, aber nicht zum Teil durch Selbstanzeige, zum Teil durch Erwerb steuerfreier Reichsbahn-Anleihe erlangt werden. Diese Regelung war notwendig, um zu verhindern, daß der Steuerpflichtige zwischen den beiden Wegen der Steueramnestie einen Mittelweg wählt, der einerseits die richtige Berechnung der Nachzahlung und andererseits die zureichende Ermittlung des zu erwerbenden Anleihebetrags unmöglich macht.

Die Steuerbehörde erteilt keinen Bescheid darüber, daß Steueramnestie erlangt ist.

Jedoch bestehen keine Bedenken, dem Steuerpflichtigen auf Antrag eine Bescheinigung dahin auszustellen, daß er innerhalb der Amnestiefrist zur Wahrung der Amnestie eine Anzeige, deren Inhalt näher zu bezeichnen ist, erstattet hat. Bescheinigungen dieser Art dürfen jedoch nicht ausgestellt werden, wenn die Anzeige keine Angaben über die Art und Höhe der bisher nicht angegebenen steuerpflichtigen Werte enthält.

Entsteht zwischen dem Steuerpflichtigen und der Steuerbehörde ein Streit, ob die Vorschriften über die Steueramnestie zur Anwendung kommen, so können diese Streitfragen, da ein Amnestiebescheid nicht erteilt wird, nicht in einem besonderen Verfahren geklärt werden. Es muß vielmehr dem Steuerpflichtigen überlassen bleiben, seine Aufklärung im Veranlagungsverfahren oder im Rechtsmittelverfahren zu vertreten.

Wer zur Erlangung von Steueramnestie bereits eine Anzeige erstattet hat, kann diese Anzeige innerhalb der Amnestiefrist zurückfordern und Steueramnestie durch Erwerb von steuerfreier Reichsbahn-Anleihe erlangen. Die Steuerbehörden haben in derartigen Fällen auf Anfordern die Anzeige zurückzugeben; Abschriften oder Auszüge aus der Anzeige sind in diesem Falle nicht zu machen.

Aus einer Reihe von Zuschriften entnimmt der Reichsfinanzminister, daß in der Öffentlichkeit der Irrtum verbreitet ist, daß mit der Freigabe von 20 000 M. für die Vermögenssteuer auch eine Steuerfreiheit für die hieraus fließenden Zinsen verbunden sei. Die Auffassung ist unzutreffend.

Die Steuerpflicht der Zinsen richtet sich nach den Vorschriften des Einkommensteuergesetzes.

Steuerfrei ist also nur, wer ein Gesamteinkommen (Zinsen und anderes Einkommen zusammen) hat, das hinter den Freigrenzen zurückbleibt. Obgleich solche Personen zu einer Anzeige des Vermögens von weniger als 20 000 M. nicht verpflichtet sind, erlangen sie die Steueramnestie hinsichtlich der Einkommensteuer nur, wenn sie die bisher verschwiegenen Kapitalerträge anzeigen oder in der vorgeschriebenen Höhe Reichsbahn-Anleihe erwerben.

Einberufung des Völkerbundsrats zum 13. Oktober.

Wegen des Mandatschreitens.

Genf, 9. Okt. Der geschäftsführende Ratspräsident hat den Generalsekretär gebeten, heute nachmittag telegraphisch allen Mitgliedern des Rats folgende Mitteilung zu machen: „Der Vertreter Chinas hat in einer Note, die sämtlichen Ratsmitgliedern zugestellt worden ist, auf Grund ernster Nachrichten die sofortige Einberufung des Rats verlangt. Angesichts dieses Antrags habe ich beschloffen, daß die für Mittwoch vorgesehene Sitzung des Rats am Dienstag, den 13. Oktober, 12 Uhr mittags, stattfindet. Ich beehre mich vorzuschlagen, daß die Ratsmitglieder sämtliche Mitteilungen, die ihnen über die Entwicklung der Lage zugegangen sind, so schnell wie möglich dem Generalsekretär zur Weiterleitung an den Völkerbundsrat zugehen lassen. (Gez.) L. TROU, Präsident des Rats.“

Wer vertritt Deutschland?

Mutius oder Curtius?

as. Berlin, 10. Okt. (Drahtbericht unserer Berliner Abteilung.) Auf der Dienstag beginnenden Sondertagung des Völkerbundsrats wird Deutschland keinesfalls durch den Reichslanzler Dr. Brüning, der ja nunmehr das auswärtige Amt leitet, vertreten sein. Man nennt als möglichen deutschen Vertreter den früheren deutschen Gesandten in Bukarest Mutius. Man spricht aber auch von der Möglichkeit, daß Staatssekretär v. Bülow nach Genf gehen wird, doch sprechen auch hiergegen mancherlei Bedenken. Der „Vorwärts“ glaubt, daß diesmal Dr. Curtius Deutschland noch einmal in Genf vertreten könne, zumal er mit der ganzen Materie von der letzten Ratstagung her gut vertraut sei und sich außerdem in der Nähe der Schweizer Grenze befinde, da er zurzeit in Badenweiler Erholung sucht.

Die Aufwertung des Welfenfonds.

Der preußische Staat grundsätzlich verpflichtet.

Leipzig, 9. Okt. In Abereinrichtung mit der Entscheidung des Kammergerichts vom 30. Oktober v. J. hat das Reichsgericht die Aufwertungspflicht des preussischen Staates gegenüber dem Gesamtbankhaus Braunschweig-Lüneburg für den sogenannten Welfenfonds jetzt grundsätzlich und rechtskräftig bejaht.

Lavals Besuch in Amerika.

Was mit ihm besprochen werden soll.

Washington, 9. Okt. Im Weißen Hause wurde heute davon gesprochen, daß eine Ausdehnung des Hoover-Memoriums nicht ins Auge gefaßt, daß aber die Zahlungsfähigkeit des Schuldners mit Laval erörtert werden sollte, weil in den internationalen Schuldenabkommen die Zahlungsfähigkeit unter normalen Bedingungen zur Grundlage für die Bestimmung der Höhe des Darlehens gemacht wurde.

Rückkehr Lord Readings nach London.

Frankreich und die Stabilisierung des Pfundes.

London, 9. Okt. Der Staatssekretär des Äußeren Lord Reading ist gestern Abend aus Paris hierher zurückgekehrt. Er wurde auf dem Bahnhof von dem französischen Botschafter de Fleuriau begrüßt. Pressevertretern gegenüber begnügte sich Lord Reading mit der Bemerkung, daß die Pariser Besprechungen ganz außerordentlich befriedigend verlaufen seien. Sie hätten sich auf zahlreiche Fragen bezogen, u. a. auf den bevorstehenden Besuch des französischen Ministerpräsidenten Laval in Washington.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ schreibt, die Stabilisierungsfrage könne vom Kabinett erst nach den Wahlen erörtern werden, so daß es also gar nicht möglich sei, schon jetzt von einem bestimmten Plan bezüglich des Datums und des Stabilisierungstages zu sprechen.

Die Wiederwahl des Bundespräsidenten Miklas.

33 Stimmen erhielt der sozialdemokratische Gegenkandidat.

Wien, 9. Okt. Die Bundesversammlung wählte heute, wie bereits mitgeteilt, den bisherigen Bundespräsidenten Miklas zum Bundespräsidenten für die Zeit bis 1935. Anwesend waren 203 von 206 Abgeordneten der bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie; der Heimatblock blieb der Sitzung fern. Abgegeben wurden 202 gültige Stimmen. Bundespräsident Miklas (Chr.-Soz.) erhielt 109 Stimmen, Nationalratspräsident Dr. Renner (Soz.) 93 Stimmen. Da die absolute Mehrheit 102 Stimmen betrug, wurde Miklas somit im ersten Wahlgang gewählt. Der Vorstehende der Bundesversammlung vereidigte den neuen Präsidenten in der unmittelbar darauffolgenden Sitzung.

Da ein Personenwechsel im Amt des Bundespräsidenten also nicht eingetreten ist, wird die Bundesregierung im Amt bleiben; auch ein rein formeller Rücktritt ist nicht vorzulesen.

Zur Tagung der nationalen Opposition in Harzburg.



Oben: Geheimrat Euge-
berg (Deutschnat.)
Unten: Graf Kaldreuth
(Reichslandbund)

Dr. Frid
(Nationalsozialist)
Odenburg-Januschau
(Deutschnational)

Adolf Hitler
(Nationalsozialist)
General Graf von der
Goltz (Bereinigte Vater-
ländische Verbände)

Franz Seidte
(Stahlhelm)
General Viehmann
(Nationalsozialist)

Am 11. Oktober vereinigen sich in Bad Harzburg die Führer aller Parteien, Verbände und Gruppen der poli-
tischen Rechten zu einer gemeinsamen Kundgebung der nationalen Opposition.

Wiesbadener Nachrichten.

Das Wetter der nächsten Woche.

Zunächst wärmer; dann veränderlich.

Nach dem kälteren, im Gebirge schließlich schon völlig winterlichen September, der nicht nur in den Alpen, sondern auch in den deutschen Mittelgebirgen, namentlich in den Sudeten, schon eine Schneedecke bis zur Höhe von 40 Zentimeter gebracht hatte, ist mit dem Oktoberbeginn die Witterung wieder zu normalen Verhältnissen zurückgekehrt. Wie so oft zu Anfang des mittleren Herbstmonats, hat sich auch diesmal noch ein später Nachsommer eingestellt, der in Westdeutschland sogar noch zu einem meteorologischen Sommertag geführt hat. So wurden Dienstag in Aachen 26, in Baden, z. B. in Karlsruhe 25 Grad Celsius erreicht, wie überhaupt um die Mitte der Woche, mit Ausnahme des Küstengebietes der Ostsee, 20 bis 24 Grad Wärme verzeichnet wurden. Das ist umso bemerkenswerter, als in fast ganz Mitteleuropa das Quersilber seit dem 4. September den Wert von 20 Grad Celsius nicht mehr erklommen hatte. Im Rheinland und in Baden, wo es um die Wochenmitte am wärmsten war, waren auch schon am Ende der Vorwoche 20 Grad Celsius erreicht oder etwas überschritten worden. Auch die nächtlichen Temperaturen, die lange Zeit fast überall bis in die Nähe des Gefrierpunktes und vielfach sogar um 3 bis 4 Grad unter Null gesunken waren, hielten sich innerhalb weiter Landestteile auf dem fast sommerlichen Niveau in der Nähe von 15 Grad, nachdem sie noch am Wochenbeginn besonders in Süddeutschland nur wenige Grad vom Nullpunkt entfernt geblieben waren.

Diese Rückbildung der Wetterlage ins Nachsommerliche wurde durch zwei tiefe Wirbel ausgelöst, die warme Subtropenluft aus niederen atlantischen Breiten auf das europäische Festland führten. Der erste Wirbel, der zum Wochenende bei uns wirksam wurde, räumte zunächst einmal die alte, durch Ausstrahlung besonders niedrig temperierte Kaltluft aus Mitteleuropa weg, und das ihm am Sonntag folgende kräftige atlantische Hoch wurde von der zweiten Zykone rasch abgebaut. Diese lag Mittwochfrüh über dem Nordmeer, und ein weit nach Süden vorgeschobener Randwirbel beendigte mit dem Einbruch seiner kühleren Rück-

seitenluft, im Laufe des Tages westwärts fortschreitend, durch zum Teil ergiebige Regenfälle, die Schönwetterlage. Erneuter starker Druckanstieg aus südwestlicher Richtung führte vielfach schon in der Nacht zu Donnerstag zur Wiederaufhellung, wenn auch tagsüber noch mehrfach kurze Regenschauer niedergingen.

Da schon eine neue tiefe Zykone zwischen Island und Schottland vordringt, so ist eine durchgreifende Umgestaltung der gegenwärtigen Großwetterlage zu erwarten. Die Annäherung der neuen Zykone wird schon zum Wochenende abermals Temperaturanstieg bei Winden aus südlichen Richtungen bringen; nach einleitenden Regenfällen wird aber diese kurze Wetterbesserung durch veränderliche Witterung bei westlichen Winden mit einzelnen Schauern wieder abgelöst werden. Ob es um die Wochenmitte erneut zu einer kurzen Schönwetterperiode kommt, das läßt sich im Augenblick noch nicht übersehen, ist aber nicht unwahrscheinlich.

Aus dem Magistrat.

Die Städtische Pressestelle teilt mit:
Zu der Preussischen Rotverordnung vom 12. September 1931 nahm der Magistrat eingehend Stellung. Beschlussfassung zu einzelnen, mit größeren finanziellen Auswirkungen verbundenen Punkten soll in der nächsten Sitzung erfolgen. Dem Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung vom 25. September 1931, nach dem bei der durch die Rotverordnung vorgeschriebenen Nachprüfung der Besoldungsordnung die Personaldeputation mit herangezogen werden soll, wurde entsprochen. Die Personaldeputation wurde beauftragt, dem Magistrat beschleunigt ihre Stellungnahme vorzulegen.

Vereinheitlichung des Fahrpreises für die konjunktionsierten Kraftfahrzeuge.

Um den vielen Klagen über zu hohe Fahrpreise nach und von Wiesbaden-Biedrich abzuheben, beabsichtigt der Polizeipräsident, die Fahrpreise Alt-Wiesbaden und Wiesbaden-Biedrich zu einer einheitlichen Zone zu verschmelzen. Der Magistrat stimmt dieser Absicht des Polizeipräsidenten zu.

Der zum Friedhof in Wiesbaden-Kloppenheim führende Weg, der sich in schlechter Verfassung befindet, soll, da die Mittel für den Ausbau gegenwärtig nicht zur Verfügung stehen, wenigstens notdürftig instandgesetzt werden. — Außerdem wurden 450 Mark zur Vornahme von Instandsetzungsarbeiten an den Feldwegen Wiesbaden-Kloppenheim zur Verfügung gestellt.

Die Arbeitsmarktlage im Monat September nach den Ermittlungen des Wiesbadener Arbeitsamts.

Die Zahl der Arbeitsuchenden hat im Laufe des Monats September weiter zugenommen. Sie ist von 19 676 am Anfang des Monats auf 20 062 zum Monatsende gestiegen. Zugang an Arbeitsuchenden hatten die Berufsgruppen: Landwirtschaft (von 783 auf 965), Industrie der Steine und Erden (von 262 auf 298), Metallindustrie (von 2945 auf 3113), Chemische Industrie (von 408 auf 420), Nahrungsmittelgewerbe (von 560 auf 597), Gesundheitsgewerbe (von 222 auf 262), Baugewerbe (von 2471 auf 2496), Vertriebsgewerbe (von 174 auf 186), Gastwirtschaften (von 796 auf 909), Häusliche Dienste (von 873 auf 981), Maschinenbau (von 74 auf 76), Kaufmännische Angestellte (von 2152 auf 2243). Rückgang in der Arbeitslosenliste hatten: Spinnstoffgewerbe (von 144 auf 113), Lederindustrie (von 191 auf 182), Holzgewerbe (von 904 auf 877), Bekleidungsindustrie (von 1496 auf 1162), Theater, Musik (von 162 auf 145), Verkehrsgewerbe (von 1432 auf 1409). In den sonstigen Berufsgruppen keine oder nur geringe Veränderung.

Die Arbeitsuchenden verteilen sich auf:

a) das Hauptamt (Stadtbezirk Wiesbaden)	15 788
b) die Nebenstelle Eltville	1468
c) die Nebenstelle Riedesheim	1268
d) die Nebenstelle Bad Schwalbach	733
e) die Hilfsstelle Hochheim a. M.	367
f) die Hilfsstelle Wehen	438

20 062

Aus der Arbeitslosenversicherung wurden 6012 und aus der Arbeitslosenrente 4348 Personen unterstützt. Die Unterstützungsempfänger verteilen sich auf:

	Mu	Kru
a) das Hauptamt	4383	3470
b) die Nebenstelle Eltville	455	309
c) die Nebenstelle Riedesheim	549	108
d) die Nebenstelle Bad Schwalbach	295	201
e) die Hilfsstelle Hochheim a. M.	170	52
f) die Hilfsstelle Wehen	160	118
	6012	4348

Notstandsarbeiter waren 55 beschäftigt.

Hilfe für den technischen Nachwuchs.

„Ingenieurdienst“ auch im Reich.

Der allgemeine wirtschaftliche Niedergang, der in dem vergangenen halben Jahr nicht nur ältere Ingenieure, sondern auch ihre jungen Fachgenossen in schwere Bedrängnis gebracht hatte, führte schon im Laufe des Frühjahr zur Bildung einer Fachorganisation, die sich die Sorge und Betreuung des deutschen technischen Nachwuchses zur besonderen Aufgabe gestellt hatte. Wie wir aus Kreisen der technischen Berufsstände hören, hat sich diese Einrichtung, die damals nur den Angehörigen der technischen Berufe in der Reichshauptstadt galt, so nutzbringend und erfolgreich erwiesen, daß man sie nun auf das ganze Reich ausbreiten will. Das erscheint umso verständlicher, als etwa über die Hälfte aller Absolventen unter technischen Prüfungen infolge von Stilllegung der technischen Betriebe ohne jede Beschäftigung bleiben, was sich zahlenmäßig in der Erwerbslosigkeit von jährlich etwa 4000 jungen Ingenieuren ausdrückt. Die damals eingerichtete „Ingenieurhilfe“ betraute in der Hauptsache ältere Ingenieure und ihre Hinterbliebenen, während ein eigens eingerichteter Ingenieurdienst sich der jüngeren Generation annahm. Seit Bestehen der Organisation ist es gelungen, mehr als hundert jungen Ingenieuren Beschäftigungsmöglichkeiten zu schaffen. Wenn es sich dabei auch nicht um vollbezahlte Stellen handeln konnte, so war es doch möglich, den jungen Leuten Gelegenheit zu bieten, sich in praktischer Tätigkeit weitere Ausbildung zu verschaffen, wofür sie ein geringes Entgelt erhielten.

Zur Zeit aber scheinen die Mittel für diese Hilfstätigkeit arg zusammengedrumpft zu sein, so daß die Gefahr besteht, daß diese großzügige Hilfe eingestellt werden muß, wenn nicht neue Hilfsquellen erschlossen werden können. Der Aus-

Aus Kunst und Leben.

* Zeitschriftenchau. Im Septemberheft des „Kunstwarts“ gibt der Verleger eine feine Charakterisierung Wilh. Raabes aus der Feder Hans Böhm. Es folgt eine Würdigung Friedrich Schinkels als Maler und Architekt von Walter Anus mit 15 Abbildungen Schinkelscher Gemälde, Zeichnungen und Bauten. Die umfassende Vielseitigkeit und den lebendigen Zusammenhang mit brennenden Zeitfragen beweist der Kunstwart durch immer häufigere Behandlung auch sozial- und wirtschaftspolitischer Themen, so in diesem Heft durch einen Aufsatz „Entproletarisierung“ von Paul Jostod. — Das Oktoberheft der „Deutschen Kunst und Dekoration“ (Verlagsanstalt Alexander Koch-Darmstadt) zeigt wieder die Welt der schönen und der ausdrucksvollen Formen in Malerei, Bildhauerei und Wohnraumgestaltung, das rüstige Schaffen unserer besten deutschen Künstler mit seinem Reichtum und seinem ungebrochenen Lebensglauben von Marées, Trübner, Leibl, Corinth (die mit wenig bekannten Werken aus der Neuen Staatlichen Gemäldegalerie Dresden versehen werden) bis zu Xaver Fehr, dem durchgeistigten bairischen Maler, und zu modernsten Wohnräumen, Porzellanen und Bucheinbänden. Dazwischen erfreuen die besten, zauberhaften Frauentypen von Diez Edvard, die ruhig-ebenen Terrakotten von Alfred Böcher, alles in fastigen, tonischen Bildwiedergaben. Verhängnisvoller Irrtum, daß manche glauben, gerade heute auf das künstlerische Erleben, selbst auf den Bezug einer Kunstzeitschrift verzichten zu müssen! Das heißt die Not dadurch bekämpfen wollen, daß man vor ihr die geistigen Waffen streckt. Wie war die Fühlung mit der Kunst lebenswichtiger als heute. — „Das schöne Heim“ (J. Brudmann, A.-G., München) enthält wieder zahlreiche Anregungen für alle Dinge, die in den Bereich moderner Wohnkultur gehören, mit reichhaltigen und anschaulich wirkenden Bildmaterial. Wir sehen Einfamilienhäuser, die vorbildliche Lösungen darstellen, Wohnräume und Einzelebene jeder Art und für jeden Wohnanspruch, die Blume im Raum, ein Landhausumbau, mit dem Haus organisch verbundene Wohnanlagen, Beleuchtungskörper, geschmackvolle Tafelgeräte und Gläser, die diese und ihre Bestimmung und eine „umgearbeitete“ Kleinwohnung werden in vielen Bildern dargestellt und beschrieben. — Die Wahrheit über die spanische Revolution zeigt im Oktoberheft der „Zeitwende“ (Verlag E. S.

Beck, München) Theodor Friedner, der in Madrid seit langem ansässige und in der dortigen evangelischen Arbeit an führender Stelle tätige Pastor. Auf eine Gegenwartsfrage läuft auch der Beitrag Emanuel Hirschs im gleichen Heft aus: Der Schriftsteller und die Zeit. Zu Hans Grimms Bekenntnisbuch. Auch der Beitrag von Otto Diez „Vauernot ist Volles Not“ hat unmittelbare Aktualität. Zu Zwinglis 400. Todestag zeichnet Peter Barth ein fesselndes Bild des Schweizer Reformators. — Das Septemberheft der Zeitschrift „Deutsche Grenzlande“ (Verlag Weidmannsche Buchhandlung, Berlin SW. 68) bringt wiederum eine Reihe sehr interessanter Aufsätze. Reichstagsabgeordneter Landesrat Erhardt-Ratibor behandelt in einem Beitrag „Oberpfälzer und das Diktat von Versailles“ den Kampf um das politische Schicksal Oberpfälzens in den letzten zehn Jahren und zeigt den wirtschaftlichen Niedergang als Folge der neuen Grenzziehung. Mit dem Problem „Reichsdeutsche Wirtschaft und Saarland“ beschäftigt sich Dr. Hans Siegfried Weber. Über die Marienburg schreibt unter Beifügung von besonders guten photographischen Aufnahmen Professor Dr. A. H. Clasen, Königsberg. — „Reclams Universum“ hat mit dem neuen beginnenden 48. Jahrgang eine durchgreifende Erneuerung erfahren. Mit großem Format, mit hartem Umfang und einem reichhaltigen aktuellen Teil stellt sich das 1. Heft sehr stattlich und modern dar. Ein Originalbericht von Sven Hedin entwirft auf Grund neuester Forschungen das Geheimnis des wandernden Sees Lobnor im Innern Chinas. Der Schöpfer von Levertu, Geheimrat Duisberg, erzählt selbst von der Entstehung und dem Wachstum seines weltberühmten Wertes. „Wie fliegen wir morgen?“ ist der Titel eines reichhaltigen Artikels, der über neue Flugzeug- und Luftschiffstypen unterrichtet. In einer handigen Kubrik „Romane, die das Leben schreibt“ erfahren wir in lebendiger Darstellung vom abenteuerlichen Lebensgang der Spekulantin Janau. Glänzende Bilder eines neuen Malers führen das farbige Chinesenviertel New Yorks vor. Die Kunst und Literatur kommen in wertvollen Aufsätzen und Bildern zu ihrem Recht. Im Mittelpunkt steht der Beginn des neuen Romanes von Gustav Frenssen „Die Hörner von Gallehus“. Ein originelles Bilderpreisschreiben wird besondere Anziehungskraft ausüben. — Die Oktobernummer von „Westermanns Monatsheften“ ist wieder von einer großen Reichhaltigkeit festzustellen, wie diese schönste deutsche illustrierte

Monatsschrift seit Jahrzehnten ihrem Programm treu geblieben ist, ihrem Programm, Hüter und Wächter deutscher Kunst und Kultur, Literatur und Wissenschaft zu sein. Sie hat stets die Spreu von dem Weizen gesondert und dem wirklich Wertvollen die Wege geebnet. Dabei wird sie nie aufdringlich in ihrer Meinung, es genügt ihr, das Wertvolle bieten zu dürfen, und sie hat das Urteil über das Gebotene gern dem freundlichen Leser überlassen. — Goldknappheit und Krise lauten die Überchrift eines Essays von Prof. Dr. M. J. Bonn im Oktoberheft von „Verlag von A. Klasing Monatsheften“. Besondere „Aktualität“ zeichnen auch andere Beiträge aus; wir nennen ein paar Titel: „Die Nordsee in Bremerhaven“ (mit Bildern), „Kommunismus in China“, „Wie man Autofahren lernt“, auch der spannende Fußballroman „Die Grüne Elbe“ von Leopold Löhner gehört in gewissem Sinne hierher. Eine oft gerühmte Stärke der Hefte sind ihre farbigen Nachbildungen von Kunstwerken. Die in München beim Glaspalastbrand vernichteten Bilder deutscher Romantiker werden in originalgetreuer Wiedergabe gezeigt. Mit farbigen Künstlerbildern ist auch eine Bootfahrtsschilderung „Die nasse Hölle“ geschmückt. — Können wir, gewohnt mit Lexikon und Atlas Silben- und Kreuzworträtsel duhndweise zu lösen, uns überhaupt an die Rätsel heranwagen, über die sich unsere Väter, Groß- und Urgroßväter den Kopf zerbrachen? Der „Aha“ bringt in seinem Oktoberheft 24 solcher Charaden und Rebusse, Rätselsprünge und Metamorphosen, die jedem, der sich daran wagt, eine gehörige Rast zu machen geben, weil diese einfallsreichen, noch nicht „in Konfektion“ gemachten Rätsel sich nicht mit unseren gewohnten Hilfsmitteln, sondern nur mit viel Phantasie und geistiger Beweglichkeit lösen lassen. — Die „Wochen“ beleuchtet den Charakter der neuen Herbstmode und weiß über die historischen Hintergründe der neuen Richtung amüsant zu plaudern. Das neue Heft bringt außerdem ein sehr aufschlussreiches Gespräch mit Gandhi und die Fortsetzung der Artikelreihe „Als deutscher Ingenieur bei den Sowjets“. — „Sonnenchein und Freude für Alle“, die Familienausgabe der bekannten Zeitschrift „Im Wartezimmer“ (Verlag Gustav Thomas, Bielefeld) legt besonderen Wert auf einen reichhaltigen, guten Bilderdruck. Zahlreiche, für unsere hastende Zeit so recht passende, kurz gehaltene Romane, Erzählungen, Baudereien, Gedichte usw., heiteren wie ernsten Inhalts, bilden den Inhalt. An Belehrendem findet man sachmännische Aufträge über Körperkultur und Gesundheitspflege.

Hoch für Ingenieurdienst wendet sich nun an alle beteiligten Kreise, die Behörden, die wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Verbände und auch an die Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer, hier weiter zu helfen, damit dem für die deutsche Wirtschaft so lebenswichtigen technischen Nachwuchs weitere Hilfe zuteil wird.

— **Wiesbadener Gäste.** Geheimrat Dr. Wigger und Frau aus Garmisch-Partenkirchen, Besitzer des bekannten Wigger'schen Kurheimes, sind zu längerem Kuraufenthalt im „Regina-Hotel“ eingetroffen.

— **Wiesbadener Fremdenverkehr.** Die Zahl der in der Zeit vom 1. Januar bis einschließlich 8. Oktober d. J. angemeldeten Fremden beträgt 101 753 Kurgäste und Passanten.

— **Erfahrungswahl zur Industrie- und Handelskammer.** Auf Grund der Wahlordnung der Industrie- und Handelskammer zu Wiesbaden ist demnächst für den 1. Wahlbezirk Kreis Wiesbaden in der Wahlgruppe Industrie, sowie für den 1. Wahlbezirk Stadtkreis Wiesbaden, Untertaunuskreis und Kreis Uffingen in der Wahlgruppe Hotelgewerbe die Erfahrungswahl von je einem Mitglied vorzunehmen. Die Listen liegen eine Woche, vom 12. Oktober bis einschließlich 19. Oktober 1931, in der Geschäftsstelle der Industrie- und Handelskammer Wiesbaden, Adelsheimstraße 23, sowie im Rathaus, Wiesbaden-Niederrhein, während der üblichen Dienststunden zur Einsichtnahme der Wahlberechtigten offen. Einsprüche gegen die Listen sind innerhalb einer Woche nach beendeter Auflegung bei der Industrie- und Handelskammer schriftlich anzubringen.

— **Berein Deutscher Badesachverständiger.** Der Verein Deutscher Badesachverständiger hat im September 1931 in Trier auf seiner 24. Jahresversammlung die nachstehende Entscheidung gefasst, die dem Deutschen Städtetag mit der Bitte um Berücksichtigung überandt worden ist. Bei voller Würdigung der wirtschaftlichen Not und unter Berücksichtigung der dringend erforderlichen Sparmaßnahmen hält der Verein Deutscher Badesachverständiger es für unbedingt notwendig, daß die bestehenden städtischen und gemeinnützigen Baderestaurants — wenn auch unter Betriebsbeschränkungen — in Benutzung gehalten werden. Die Schließung von Bädern würde eine gesteigerte Krankheits- und Seuchengefahr heraufbeschwören. Die Abgabe medizinischer Bäder für Kur- und Heilbedürftige, die Durchführung des Schwimmbadens und eine regelmäßige Körperreinigung weitester Bevölkerungsteile müssen auch fernerhin ermöglicht werden. Der pflichtmäßige Schwimmunterricht darf nicht aufgegeben werden, weil er für die körperliche Entwicklung der Großstadtkinder und deren Gesunderhaltung unbedingt erforderlich ist. Gleichzeitig ist es dringend erforderlich, den öffentlichen und gemeinnützigen Bädern besondere Preisermäßigungen für die Befeuchtung mit Wasser, Gas und elektrischem Strom einzuräumen. Die Notwendigkeit, unserem Volke seine Gesundheit und seine Arbeitskraft zu erhalten und wichtigste Kulturbedürfnisse, die heute als selbstverständlich gelten, geben die zwingende Begründung der vorstehenden Forderungen. Baderestaurants schließen, heißt Kranken- und Siechenhäuser füllen.

— **Saar-Berein und Saargebiet.** In der Monatsversammlung der Ortsgruppe Wiesbaden des Bundes der Saarvereine hielt am 8. Oktober Verwaltungsdirektor Th. Vogel (Berlin), der langjährige Leiter der Geschäftsstelle „Saar-Berein“, einen sehr interessanten Vortrag über das Thema „Saar-Berein und Saargebiet“. Zunächst wies er darauf hin, daß mit dem Frieden des Westfälischen Traktats und des Hasses von Versailles wie schon wiederholt in der Vergangenheit auch für das Saargebiet wieder einmal schwere Zeiten heraufgezogen seien. Im Jahre 1919 sei in Berlin der sogenannte Saargebietshaus gegründet worden, der es sich zur Aufgabe gestellt habe, an Hand geschichtlicher Tatsachen den deutschen Charakter des Saargebietes nachzuweisen. Weiter sei es notwendig gewesen, die wirtschaftliche Bedeutung des Saargebietes für die deutsche Gesamtwirtschaft nachzuweisen. Es habe weitgehendste Aufklärungsarbeit geleistet werden müssen. Eine weitere Aufgabe sei die gewesen, das gesamte Volk aufzurütteln und zur Abwehr der Bergewaltung durch Frankreich aufzurufen. Rehner schilderte dann das Zustandekommen der Eingabe an Wilson im Dezember 1918 unter Leitung des verstorbenen Oberlehrers Dr. Theodor Weyer, sowie die Gründung des Saargebietshauses in Berlin als Abwehrstelle, um dem treudeutschen Saarvolk in seinem schweren Kampf die unbedingte Kraftaufhebung und Unterstützung aus dem nichtbesetzten Reich zuteil werden lassen zu können. Auf die Aufklärungsarbeiten des Saargebietshauses näher eingehend, die eine hervortretende Werbung für Land und Volk an der

* **Der 125. Todestag des Prinzen Louis Ferdinand von Preußen.** Am 10. Oktober 1806 fiel bei Saalfeld Prinz Louis Ferdinand von Preußen, der Neffe Friedrichs des Großen, um den Dichtung und Legende einen Ruhmestranz geflochten haben. Er war eine ungewöhnliche Erscheinung, der Romantiker unter den Hohenzollernprinzen, ein Mann, der sich durch Geist und Leidenschaft, durch Tapferkeit und Vaterlandsliebe auszeichnete, dabei ein zügelloses und abenteuerliches Leben führte, der durch seine unbesonnenen Reden, seine Verschwendungssucht und seinen Leichtsinns es sogar dahin brachte, daß er im Jahre 1800 verhaftet und nach Magdeburg gebracht wurde. Er hatte mit Männern und Frauen des Geistes und der Kunst Umgang, war ein Gesellschafter von hinreichender Liebenswürdigkeit, aber auch ein Mann, der tapfer den Degen zu führen verstand. Schon im Jahre 1792 zeichnete er sich bei der Erstürmung von Mainz aus und später trat er mit der ihm eigenen Leidenschaftlichkeit für die Befreiung Preußens vom französischen Joch ein. Im Jahre 1806 erhielt er den Befehl über eine Abteilung des Kürassiers von Hohenzollern, und als er bei Saalfeld auf einen überlegenen Feind traf, fand er hier den Tod. Er erreichte nur ein Alter von 34 Jahren. Aus seinen Beziehungen zu Henriette Fromm stammten zwei Kinder, die im Jahre 1810 den Namen „von Widenbruch“ erhielten. Der Dichter Ernst von Widenbruch war ein Enkel des Prinzen Louis Ferdinand. Prinz Louis Ferdinand hat es bei aller Genialität seiner Anlagen nicht zu einer großen abgeschlossenen Leistung gebracht, obwohl er sich durch seine Kunst und besonders Musikliebe auszeichnete. Sein Schicksal wurde dramatisch von Friedrich von Schiller behandelt. (Zurzeit auf dem Spielplan des Wiesbadener Staatstheaters.) Im Jahre 1823 wurde bei Saalfeld ihm ein Denkmal gesetzt.

* **Auslandschreibungen deutscher Wissenschaftler.** Der Rektor der Universität Berlin, Professor Dr. Adolf Deißmann ist von der Religionswissenschaftlichen Gesellschaft zu Stockholm zum Ehrenmitglied ernannt worden. — Dem Direktor des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Biochemie in Berlin, Professor Dr. C. Neuberg, ist von der Schwedischen Medizinischen Gesellschaft in Stockholm die goldene Serzelleus-Medaille verliehen worden.

Theater und Literatur. Die Städtische Oper Berlin bereitet Puccinis „Bohème“ vor in der Neuübertragung von Intendant Dr. Georg Paul (Saarbrücken), dem früheren Oberregisseur der Berliner Oper.

Bereitstellung von Kleingartengelände für Erwerbslose.

Ein Rundschreiben des Wohlfahrtsministers.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, hat der Preussische Minister für Volkswohlfahrt in einem Rundschreiben an die nachgeordneten Behörden darauf hingewiesen, daß die Schwierigkeiten und Gefahren der Arbeitslosenfrage sich keineswegs in der Beschaffung der Mittel zur Befriedigung der Bedürfnisse nach Nahrung und Kleidung erschöpfen, sondern daß es vielmehr von ungeheurer Wichtigkeit ist, die aus dem Erwerbsleben ausgeschalteten Menschen von dem insolge ihrer erzwungenen Untätigkeit auf ihnen lastenden Druck zu befreien. Dies kann in erster Linie dadurch geschehen, daß man ihnen eine Tätigkeit verschafft, die ihnen eine gewisse Befriedigung gibt, auch wenn es keine eigentliche Lohnarbeit ist, und wenn sie auch nur unwesentlich zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung beiträgt. Als eine solche Tätigkeit stellt sich in ganz hervorragendem Maße die Gartenarbeit dar. In der Nähe der Städte gelegenes, für Kleingartenzwecke geeignetes Gelände wäre möglichst durch die Arbeit solcher Arbeitsloser herzurichten, die bereit sind, davon ein geeignetes Stück (in der Regel etwa 250 bis 300 Quadratmeter, aber unter Umständen auch wesentlich mehr), künftig als ihre Kleingärten weiter zu bearbeiten.

Die Gärten sollen grundsätzlich keine Almosen sein, sondern wie auch die bisherigen Kleingärten gegen entsprechende Pacht vergeben werden.

Der Reichsverband der Kleingartenvereine Deutschlands hat sich auf seiner Tagung in Hannover am 30. Mai im Einverständnis mit dem Preussischen Minister für Volkswohlfahrt bereit erklärt, an dieser, Takt und Überlegung erfordernden Aufgabe mitzuwirken. Es herrschte Einigkeit darüber, daß es falsch sein würde, gewissermaßen „Arbeitslosen-Kleingärten“ zu schaffen, sondern daß es richtig sei, die vorhandenen Kolonien der Kleingartenvereine zu erweitern und neue Pachtstücke aus der Zahl der Arbeitslosen genau so wie die bisherigen Kleingärtner, von denen schon jetzt viele erwerbslos sind, über die vorhandenen Vereine mit Land zu bedenken. Die überall vorhandenen Organisationen des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands bieten den Gemeinden die einfache Möglichkeit, mit ihnen über größere, durch oben erwähnte Maßnahmen hergerichtete Kleingartenanlagen Pachtverträge zu schließen und zur Gartenarbeit willige Erwerbslose dann an die Vereine zwecks Aufnahme und Abfluß der Pachtverträge zu verweisen.

Dieser Vorschlag wird sich jetzt umso eher durchführen lassen, als sich mit Rücksicht auf die vielfach zu einem gewissen Abfluß gelangte, jedenfalls aber in den kommenden Jahren stark abnehmende, eigentliche städtische Wohnungs-

bautätigkeit einigermaßen das für diese Zwecke verfügbare Land übersehen und sicherstellen läßt. Auf der anderen Seite werden auch die Eigentümer von sogenannten „Bauland“ und sonstige Landbesitzer in der Nähe der Städte vielfach erkennen, daß dies für absehbare Zeit noch die beste nutzbringendste Verwertung ihres Landes ist.

In einem weiteren Rundschreiben hat der Preussische Minister für Volkswohlfahrt die Regierungspräsidenten ersucht, zu veranlassen, daß von den unteren Verwaltungsbehörden unterzüglich die Frage der Bereitstellung von Kleingartengelände für Erwerbslose in Angriff genommen wird.

Bei der Durchführung der angeregten Maßnahmen, insbesondere wegen der Eignung der Bewerber, ihrer Verteilung auf die dem RWA. angeschlossenen Organisationen, der Erweiterung und Neuanlage der Kleingartenkolonien sowie bei Ermittlung des erforderlichen Landbedarfs sollen die zuständigen Stellen (Kleingartenämter) die vorhandenen Organisationen des Reichsverbandes der Kleingartenvereine Deutschlands, insbesondere die bestehenden Ortsverbände oder Ämter, dem Reichsverband angeschlossenen Kleingartenvereine zur Mitarbeit heranziehen. Das Gleiche gilt für die erste Einrichtung der Kolonien, Belehrung über zweckmäßige Gartenbewirtschaftung wie auch für den Anlauf von Gerätschaften und Samereien. Kolonien, die nicht unter Betreuung und Selbstverwaltung des Reichsverbandes stehen, sind nicht zuzulassen.

Der Minister weist dann weiter darauf hin, daß es unbedingt nötig ist, daß die Zuweisung der Geländestücke zwecks Herrichtung durch die Erwerbslosen noch in diesem Monat erfolgt, damit noch vor dem Winter die dringendsten Vorarbeiten vorgenommen werden können.

Was die Einrichtung der Kolonien anbetrifft, so wird diese mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Erwerbslosen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinden so einfach und billig wie möglich zu gestalten sein. Es empfiehlt sich, in erster Linie im öffentlichen Eigentum stehende (städtische und staatliche) Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Auch müssen langfristige Pachtverträge abgeschlossen werden, da eine erfolgreiche Nutzung des Geländes nur möglich ist, wenn der (erwerbslose) Kleingärtner weiß, daß ihm das Gelände für 15 bis 20, mindestens aber 10 Jahre pachtweise überlassen bleibt. Nur so wird er in der Lage und bereit sein, den Boden ausreichend zu düngen, auch Obst- und Beerensträucher anzupflanzen und das Land aufs Beste auszunutzen.

mit gedrahteten Stützkästen aufzustellen. Der Stützkast zieht sowohl Wasserdampf wie Kohlenäure, die sich im Keller ansammeln, an sich und fördert dadurch die Haltbarkeit. Wenn der Kasten völlig zerfallen ist, wird er durch neuen ersetzt; der gebildete Stützkast ist als Düngemittel oder zur Kompostbereitung gut verwendbar.

— **Silberne Hochzeit** feiern am 11. Oktober die Eheleute Wilhelm Schumann und Frau Anna, geb. Brunner, Karlstraße 33, und sind 25 Jahre Ehepartner des Wiesbadener Tagblatts; am 13. Oktober die Eheleute Karl Schleret und Frau Adolfin, geb. Hinge, Westendstraße 39; sie sind gleichzeitig auch 25 Jahre Ehepartner des Wiesbadener Tagblatts.

— **Die freireligiöse Gemeinde** hält am Mittwoch, 28. dieses Monats, im Lokale des Turnbundes in der Schwalbacher Straße eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab, in der u. a. die Predigerwahl beiprochen werden soll. Eine weitere Probepredigt in der Gemeinde ist für Sonntag, 18. d. M., vorgesehen. Prediger Dr. Erich Tschirn (Stettin), ein Sohn des verstorbenen Wiesbadener Predigers, wird über das Thema: „Die freie Religion für den freien, denkenden Menschen“ sprechen.

Wiesbaden-Erbenheim.

25 Jahre Straßenbahn nach Erbenheim.

Am 16. Oktober sind 25 Jahre vergangen, seit die Straßenbahnlinie nach Erbenheim dem Betrieb übergeben wurde. Erbenheim war damals schon etwa drei Jahrzehnte durch die Hessische Ludwigsbahn mit der Stadt verbunden. Die Initiative für die Straßenbahnverbindung ging von der Süddeutschen Eisenbahngesellschaft in Verbindung mit der Stadt Wiesbaden aus, die seit geraumer Zeit an dem Projekt einer Kennbahn, aus deren Betrieb sich auch der SGG. Vorteile verpaid, arbeitete. Bereits im Jahre 1904 schien das Kennbahn-Projekt gesichert und das Material für den Bau der Straßenbahn war zu einem großen Teil schon an die Baustelle geschafft, als neue Schwierigkeiten entstanden, ein anderer Platz für die Kennbahn in Aussicht genommen wurde und damit auch der Bau der Straßenbahn nicht zur Ausführung kam. Das Material wurde wieder abtransportiert. Erst 1906 wurde dann der Bau in Angriff genommen und am 16. Oktober 1906 die Linie eröffnet. Die Eröffnung der städtischen Linie nach Dohheim war im August des gleichen Jahres erfolgt. Der Weiterführung der Straßenbahn durch Erbenheim etwa bis zum Flugplatz oder gar ins blaue Landchen standen anfangs zwei Hindernisse im Weg. Das erste, die Überwindung der Eisenbahnkreuzung, wurde bereits im Jahre 1909 durch den Bau der Unterführung beseitigt, das zweite, die Umgehung der engen Straßen, konnte erst 1929 erreicht werden. Inzwischen ist die Weiterführung nach dem Flugplatz über die Umgehungsstraße von verschiedenen Seiten angestrebt worden, sie scheiterte jedoch bisher an der Forderung der Stadt, daß die SGG. das erforderliche Gelände auf eigene Kosten erwerben solle.

Wiesbaden-Sonnenberg.

Unser Friedhof ist althistorisches Gelände. Im Jahre 1429, also vor reichlich fünf Jahrhunderten, ließ der von Huth — aus welcher Veranlassung ist unbekannt — dort eine Kapelle errichten. Seitdem an ihr das Dach abgebrannt ist, d. h. seit unvorstelligen Zeiten, steht die Kapelle als Ruine da. Die Umfassungsmauern, aus in der Nähe gewonnenen Bruchsteinen hergestellt, sind zwar noch gut erhalten, alle Bemalungen aber, die Kapelle zu rekonstruieren, sie wenigstens mit einem Dach zu versehen, um sie gelegentlich als Trauerhalle benutzen zu können, sind bisher an der Kostenfrage gescheitert. Seit wann das Gelände als Friedhof in Benutzung ist, entzieht sich der Feststellung, nur soviel ist gewiß, daß die nachweislich ersten Beisetzungen aus dem Revolutionsjahre 1848 datieren. Auf die Namen Johann Daniel Fritsch, geb. am 9. Mai 1789, gest. am 13. September 1848, bezw. Ehefrau Schneider, geb. Seelgen, geb. am 23. September 1801, gest. am 10. November 1848 lauten die ältesten noch vorhandenen Grabsteine. Seitdem haben nach neueren Ermittlungen etwas über 2000 Personen hier ihre letzte Ruhestätte gefunden.

deutschen Saar gewesen sei, führte er weiter aus, wie diese Aufklärungsarbeit nach Auflösung des Saargebietshauses ihre Fortsetzung gefunden habe durch die Geschäftsstelle „Saar-Berein“ und die von ihr ins Leben gerufene Organisation des Bundes der Saarvereine. Der Redner ging auf die politischen Verhältnisse des Saargebietes näher ein. Bis 1919 habe man von dem, was im Versailler Diktat erstmalig als Saargebiet aus preussischen und pfälzischen Teilen zusammengeleimt worden sei, nichts gewußt. Die Abgrenzung dieses Gebietes, mit der Kohlen- also einer Wirtschaftsfrage begründet, sei von politischen Expansionsbestrebungen diktiert und entbehere der geschichtlichen Wahrheit. Fast 12 Jahre stehe das treudeutsche Volk an der Saar im Kampfe um die Befreiung von der ihm aufgezwungenen Fremdherrschaft. Das Saarvolk habe sich trotz aller Lockungen, trotz aller Druckmittel, trotz aller Drohungen und Bedrückungen den Glauben an das deutsche Vaterland erhalten, denn alle Versuche der Franzosen, dieses ferndeutsche Land und seine Bevölkerung vom Mutterlande zu trennen, seien fehlschlagen dank einer vaterländischen Gesinnung der Bevölkerung.

— **Saargemähe Obstverwertung.** Die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden hat beschloffen, um eine sachgemäße Obstverwertung in die Wege zu leiten, an der Rheingauer Wingerschule in Eltvilke Süßmost im Lohn herzustellen. Diese Lohnmosterei ist so gedacht, daß die Landwirte ihre nicht absehbaren Äpfel zur Rheingauer Wingerschule nach Eltvilke bringen, um dort zu Süßmost verarbeitet zu werden. Der Landwirt bekommt für seine Lieferung eine Quittung und außerdem einen Gutschein ausgehändigt, die zu einer kostenlosen Gegenlieferung von zwölf Pflochen Apfel-Süßmost berechtigen. Der Süßmost selbst wird nach dem Kaltverfahren hergestellt. Der Vorteil für den Landwirt besteht darin, daß er auf diese Art und Weise seine Äpfel einigermaßen gut verwerten kann. Mit der Anlieferung von Äpfeln kann sofort begonnen werden. Die Kelterzeit erstreckt sich bis Ende Oktober d. J. Mengen unter 10 Zentner und von mehr als 30 Zentner pro Erzeuger werden nicht angenommen. Die Gegenlieferung von zwölf Pflochen Apfel-Süßmost pro Zentner Äpfel erfolgt spätestens im Januar 1932.

— **Änderung des Ausnahmetarifs für Obstsendungen.** Das Warenverzeichnis und die Anwendungsbedingungen des von der Deutschen Reichsbahngesellschaft zur Förderung des Abfluges der diesjährigen Obsterte eingeführten Ausnahmetarifs 16/0 für frische Äpfel und Birnen in Wagenladungen werden mit Gültigkeit vom 12. Oktober ab für frische Äpfel und Birnen zur Verarbeitung in industriellen und gewerblichen Verwertungsbetrieben und zur Herstellung von Obstwein, Obstmost und Obstsaft, jedoch nur für Sendungen in loser Schüttung ohne jede Verpackung bei Aufgab als Frachgut oder Eilgut. Als Verpackung wird auch die Beigabe von Stroh und die Verwendung von Brettern zwecks Aufstellung des Laderaumes angesehen. Durch diese Änderung ist die bisher als Voraussetzung für die Gewährung der Frachtermäßigung vorgeschriebene unmittelbare Abbringung der Sendungen an industrielle Verwertungsbedriebe nicht mehr erforderlich. Es genügt, wenn im Frachtbefehl der Verwendungszweck des Obstes angegeben ist.

— **Zum Einmieten der Kartoffeln.** Der überaus nasse Herbst macht nicht nur Schwierigkeiten beim Ausbringen der Kartoffeln, sondern vor allem auch beim Einmieten. Vielfach kommen die Kartoffeln schon mit Krankheitskeimen beladen in die Mieten und scheitern für das Verfaulen während der Wintermonate vorbestimmt zu sein. Wir müßten die Kartoffeln, um sie haltbar zu machen, trocknen und desinfizieren, wenn das möglich wäre. Es ist möglich, nämlich durch das Einpudern mit gemahlenen Branntkaff. Während des Aufschüttens der Kartoffeln streut man lagenweise gemahlenen Branntkaff darüber, so daß es ordentlich häuft. Die Kartoffeln leiden dadurch nicht im mindesten in ihrer Verwertbarkeit, sie werden aber getrocknet, und die Krankheitskeime werden weitgehend getötet. Versuche mit diesem billigen Verfahren haben stets seine vorzügliche Eignung bewiesen. Professor Dr. Korf-München empfiehlt auf 1 Doppel-Sack Kartoffeln ½ Kilogramm Kaff geben. Die Kosten fallen also garnicht ins Gewicht, auch wenn man zu nassen Kartoffeln etwas mehr nimmt. Beim Aufbewahren der Kartoffeln im Keller empfiehlt es sich außerdem, eine Kiste

Die Neuregelung der Erbschaftspflicht bei der öffentlichen Fürsorge.

Der im Kreislauf voneinander abhängiger Geschehnisse zwangsläufig zu seinem heutigen Ausmaße angewachsene öffentliche Fürsorge-Etat ist das Spiegelbild der Not des deutschen Volkes. Den trotz teilweiser härtester Besteuerung unzureichenden öffentlichen Mitteln steht die große Zahl derjenigen gegenüber, die zur Kräftigung ihres Lebens auf die öffentliche Fürsorge angewiesen sind. Unter dem Einfluß dieser Notverhältnisse ist durch die Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 5. Juni 1931 zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 1. August 1931 zur Änderung der Reichsgrundgesetze über Vorauslegung, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge u. a. eine Neuregelung des fürsorgerechtslichen Erbschaftspruches gegen den Unterstügten und gegen Drittverpflichtete vorgenommen worden, die den schon seit einiger Zeit aus Sachkreisen gemachten Vorschlägen im wesentlichen entspricht. Die Neufassung dieses Teiles der gesetzlichen Grundlagen der öffentlichen Fürsorge enthält die zweifelsfreie rechtsrechtliche Festlegung und teilweise Erweiterung des Erbschaftspruches unter möglichster Vermeidung von Härten, bedeutet also eine gewollte und notwendige Unterbrechung des Leidensbegriffes der Subsidiarität der öffentlichen Fürsorge, ohne dieses Prinzip zu überspannen.

Die Notverordnung bestimmt:

1. Daß der Unterstügte selbst und seine Erben, der Ehegatte des Unterstügten und seine Erben sowie die Eltern des Unterstügten und ihre Erben verpflichtet sind, dem Fürsorgeverband die auszuwendenden Kosten zu ersetzen;
2. Daß der Fürsorgeverband, der einen Hilfsbedürftigen unterstügt hat, berechtigt ist, Rechtsansprüche, die der Unterstügte für die Zeit der Unterstügung gegen einen Dritten auf Leistungen zur Deckung des Lebensbedarfes hat, durch Anzeige an den Dritten zum Ersatz der Fürsorgekosten auf sich zu übertragen.

I.

Der Grundsatz der Ersatzungspflicht der Unterstügten bestand schon nach dem bisherigen Recht, war aber im Gesetz nicht genügend klar zum Ausdruck gebracht. Als Folge dieser Unklarheit bestand Rechtsunsicherheit. Die Notverordnung hat diesen Zustand durch die das alte Recht klarstellende, aber nicht rechtsändernde eindeutige Bestimmung beseitigt, daß der Unterstügte verpflichtet ist, dem Fürsorgeverband die aufgewendeten Kosten zu ersetzen. Die Rückzahlungspflicht des Unterstügten erstreckt sich jedoch nicht auf alle Fürsorgeleistungen; sie besteht nicht für die Kosten der Wochenfürsorge, die Kosten der Erwerbsbefähigung als Blinder, Taubstummer oder Krüppel und weiter nicht für sämtliche Unterstügungen, die der Hilfsbedürftige vor Vollendung seines 18. Lebensjahres erhalten hat. Für Behandlungs- und Unterstügungskosten einer ansteckenden Geschlechtskrankheit und einer tuberkulösen Erkrankung ist die — an sich bestehende — Ersatzungspflicht beschränkt; bei diesen Kosten kann der Unterstügte die Rückzahlung verweigern, soweit und solange das Rückzahlungsverlangen unbillig ist. Ob und inwieweit der Zustand der Unbilligkeit vorliegt, ist nach Lage des Einzelfalles festzustellen.

Neu geschaffen ist die Ersatzungspflicht des Ehegatten und der Eltern des Unterstügten, die unabhängig von der Unterhaltspflicht des bürgerlichen Rechtes und unabhängig von dem Rechte des Fürsorgeverbandes, den bürgerlich-rechtlichen Unterhaltsanspruch als Ersatz seiner Aufwendungen auf sich zu übertragen, besteht. Der Umfang der Ersatzungspflicht des Ehegatten ist mit folgenden Abweichungen der gleiche wie bei dem Unterstügten selbst: Der Ehegatte ist berechtigt, von der Ersatzungspflicht für die Kosten der Behandlung einer ansteckenden Geschlechtskrankheit und für die Kosten der Behandlung einer tuberkulösen Erkrankung, Er ist ferner befreit von den Aufwendungen, die für Erziehung und Erwerbsbefähigung des Unterstügten vor Vollendung seines 18. Lebensjahres gemacht worden sind; dagegen besteht die Ersatzungspflicht des Ehegatten für alle sonstigen, dem Unterstügten vor Beendigung seines 18. Lebensjahres veranlaßten Fürsorgeleistungen. Er haftet in dieser Hinsicht also weitergehend als der Unterstügte selbst.

Die Ersatzungspflicht der Eltern ist beschränkt auf die Unterstügungen, die ihren Kindern vor Vollendung des 18. Lebensjahres gewährt worden sind. Soweit es sich um Kosten der Wochenfürsorge und Kosten der Erwerbsbefähigung Blinder, Taubstummer oder Krüppel handelt, besteht eine Haftung der Eltern auch dann nicht, wenn diese Leistungen den Kindern vor dem vollendeten 18. Lebensjahr zugeführt worden sind.

Der Erbschaftspruch gegen den Unterstügten kann naturgemäß erst geltend gemacht werden, wenn der Unterstügte nicht mehr hilfsbedürftig ist, d. h. wenn er wieder eigenes Einkommen oder Vermögen erlangt hat. Er kann — dies gilt auch für den Ehegatten und die Eltern — den Ersatz verweigern, soweit und solange er kein hinreichendes Vermögen oder Einkommen hat. Die Einschaltung dieses beschränkten Leistungsverweigerungsrechtes soll den Ersatzpflichtigen danke schenken, daß er durch rückzahlende, unwirtschaftlichen Rückgriff des Fürsorgeträgers — evtl. erneut — in seiner Existenz gefährdet wird. Die Einwendung des Leistungsverweigerungsrechtes hemmt die Durchführung des Erbschaftspruches, wenn und soweit das vorhandene Einkommen oder Vermögen dem Umfang der Rückzahlungsverpflichtung gegenüber als nicht hinreichend anzusehen ist; andernfalls das Einkommen oder Vermögen und wird für die teilweise oder ganze Rückzahlung hinreichend, so kann die Ersatzung nicht länger verweigert werden. Die Formulierung „kein hinreichendes Einkommen oder Vermögen“ entspricht der Vielgestaltigkeit der auftretenden Fälle, die eine schematische Festlegung nicht zuließ, obwohl andererseits nicht zu verkennen ist, daß alle derartigen, individuellen Spielraum lassenden Vorschriften die erzieherischen Grundlagen für Streitigkeiten abgeben. Kein hinreichendes Einkommen oder Vermögen wird jedenfalls dann anzunehmen sein, wenn der Erbschaftspruch durch die ganze oder teilweise Rückzahlung hilfsbedürftig bzw. erneut hilfsbedürftig wird. Die Beweislast trifft den Ersatzpflichtigen.

Stirbt der Unterstügte oder sein Ehegatte oder sterben seine Eltern, so haften die Erben, soweit der Nachlaß reicht, in demselben Umfang wie der Verstorbene selbst. Übersteigt also die Erbschaft des verstorbenen Ersatzpflichtigen das von ihm hinterlassene Vermögen, so beschränkt sich die Haftung der Erben auf den Nachlaß als solchen; ist nichts hinterlassen, entsteht eine Erbenhaftung nicht. Die Erben können den Ersatz aus dem Nachlaß nicht deswegen ablehnen, weil der verstorbene Ersatzpflichtige zur Zeit seines Ablebens mangels hinreichendem Einkommen oder Vermögen den Ersatz verweigern konnte; der Nachlaß gilt immer als hinreichend im Sinne der Ersatzungspflicht.

Das Recht, den Ersatz aus dem Nachlaß zu verweigern, steht lediglich zwei Gruppen von Erben und diesen nur unter besonderen Voraussetzungen zu. Die eine Gruppe umfaßt die Erben, die mit dem verstorbenen Ersatzpflichtigen bis zu sei-

nem Tode nicht nur vorübergehend in häuslicher Gemeinschaft gelebt oder ihn ohne rechtliche Verpflichtung oder ohne entsprechende Gegenleistung, wenn auch in Erwartung einer Zuwendung von Todes wegen unterstützt oder gepflegt haben. Erfüllt ein Erbe diese Bedingungen, so kann er die Leistung des Ersatzes verweigern, soweit und solange diese Leistung für ihn eine besondere Härte wäre. Eine besondere Härte wird in der Regel jedenfalls dann vorliegen, wenn der Erbe durch die teilweise oder völlige Verwendung des Nachlasses zur Rückzahlung selbst der öffentlichen Fürsorge alsbald anheim fiele. Die zweite Gruppe der bevorzugten Erben bilden die unterhaltsberechtigten Angehörige des Ersatzpflichtigen. Unterhaltsberechtigte Angehörige als Erben können die Ersatzung aus dem Nachlaß außer unter den für die erste Gruppe geltenden Voraussetzungen verweigern, solange sie selbst nicht nur vorübergehend in öffentlicher Fürsorge stehen. — Wie das in seinen Folgewirkungen gleiche Recht des Ersatzpflichtigen hemmt dieses also nur für bestimmte Erben zugelassene beschränkte Leistungsverweigerungsrecht ganz oder teilweise die Geltendmachung des an sich weiter bestehenden Erbschaftspruches; es fällt weg, sobald die es begründenden Tatsachen nicht mehr vorliegen. Gleich dem Ersatzpflichtigen sind seine Erben beweispflichtig, wenn sie sich auf das Leistungsverweigerungsrecht berufen. Auch wenn dieses Recht in einem konkreten Falle tatsächlich besteht, ist der Fürsorgeverband nicht gehindert, seinen Erbschaftspruch aus dem ihm zur Sicherung desselben verpfändeten oder übereigneten Vermögenswerten zu befriedigen.

II.

Hat ein Fürsorgeverband einen Hilfsbedürftigen unterstügt, so kann er Rechtsansprüche, die der Hilfsbedürftige für die Zeit der Unterstügung gegen einen Dritten auf Leistungen zur Deckung des Lebensbedarfes hat, zum Ersatz der Fürsorgekosten auf sich übertragen. Die Übertragung geschieht durch Anzeige des Fürsorgeverbandes an den Drittverpflichteten. Die Anzeige bewirkt also, daß der bisher dem Unterstügten zustehende Anspruch an den Fürsorgeverband übergeht, daß der Fürsorgeverband Inhaber der Forderung an Stelle des Unterstügten wird. Es muß sich um einen Anspruch auf Leistungen zur Deckung des Lebensbedarfes handeln und dieser Anspruch muß sich auf die Zeit der Unterstügungsgewährung erstrecken. Die Übertragung eines solchen Anspruchs wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß der Anspruch nicht von der Bedürftigkeit des Unterstügten abhängt, oder der Forderung nicht unterliegt. Dagegen können Ansprüche, die zeitlich nicht mit der Unterstügung zusammenfallen, nicht übertragen werden. Der Fürsorgeverband soll den Übergang auf sich nur insoweit durchführen, als dies zur Deckung der aufgewendeten Fürsorgekosten notwendig ist.

Als Anspruch auf Leistungen zur Deckung des Lebensbedarfes kommt vor allem der dem Unterstügten nach dem bürgerlichen Gesetzbuch gegen seinen Ehegatten und seine Verwandten gerader Linie (Kinder, Enkel usw., Eltern, Großeltern usw.) zustehende Unterhaltsanspruch in Frage. Der Unterstügte selbst kann von den Unterhaltspflichtigen des bürgerlichen Rechtes die Erfüllung der Unterhaltspflicht für die Vergangenheit nur von dem Zeitpunkte an fordern, zu welchem der Unterhaltspflichtige in Verzug gekommen oder der Anspruch rechtsbändig geworden ist. Der Fürsorgeträger kann den Unterhaltspflichtigen außer unter den gleichen Voraussetzungen zur Leistung des Unterhaltes für die Vergangenheit auch dann in Anspruch nehmen, wenn er dem Unterhaltspflichtigen von der Unterstügung des Unterhaltsberechtigten unverzüglich Mitteilung gemacht hat. Schließlich ist der Unterhaltsanspruch des bürgerlichen Gesetzbuches noch für die Fälle erweitert, bei denen der Fürsorgeträger auf Grund geleglicher Vorrichtung die vorherige Verwertung des Vermögens des Unterstügten nicht verlangen oder Einkommen des Unterstügten nicht anrechnen darf. Hier kann der Unterhaltspflichtige dem Fürsorgeverband gegenüber nicht einwenden, der Unterstügte sei mit Rücksicht auf das eigene Vermögen oder Einkommen nicht unterhaltsberechtigt, wenn das Verlangen auf Unterhaltsgewährung bei Berücksichtigung der sonstigen Verpflichtungen des Unterhaltspflichtigen keine unbillige Härte darstellt.

III.

Nachdem stehen den Fürsorgeverbänden zwei Wege offen, um den Ehegatten und die Eltern des Unterstügten zum Ersatz der Fürsorgekosten heranzuziehen. Der Fürsorgeverband kann 1. auf Grund der Ersatzungspflicht (Abschnitt I) unmittelbar die Ersatzung verlangen und er kann 2. den dem Unterstügten gegenüber seinem Ehegatten und seinen Eltern zustehenden gesetzlichen Unterhaltsanspruch für die Zeit der Unterstügung auf sich übertragen. (Abschnitt II). Beide Möglichkeiten ergänzen sich und bestehen nebeneinander. Durch die Inanspruchnahme des gesetzlichen Unterhaltsanspruches wird der Fürsorgeträger in vielen Fällen dann noch den Ersatz erlangen, wenn die Ersatzungspflicht (Abschnitt I) versagt. Andererseits bietet die Ersatzungspflicht dem Fürsorgeverband z. B. dann Gelegenheit, noch zum Ersatz zu kommen, wenn der Ehegatte oder die Eltern für die Zeit der Unterstügung des anderen Ehegatten bzw. des Kindes wegen Unterhaltsunfähigkeit nicht unterhaltspflichtig waren, aber nachträglich zu hinreichendem Einkommen oder Vermögen gelangt sind.

Die Rückzahlung von Unterstügungen der sozialen Fürsorge für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene ist besonders geregelt. Die als soziale Fürsorge den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gewährten Unterstügungen hat der Unterstügte nur dann zu ersetzen, wenn die Rückzahlung bei Gewährung der Hilfe ausdrücklich ausbedungen worden ist. Die Ausbedingung der Rückzahlung darf nur geschehen, wenn es nach Art und Zweck der Hilfe und auf Grund der gegenwärtigen oder künftig zu erwartenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Antragstellers unbillig wäre, davon abzusehen. Ein gesetzlicher Ersatzungsanspruch besteht für diese Sonderfürsorge also nicht, weder gegenüber dem Unterstügten, noch gegenüber seinem Ehegatten oder seinen Eltern. Die Übertragung gesetzlicher Unterhaltsansprüche zum Zwecke des Ersatzes wird nur erfolgen können, wenn und soweit die Rückzahlung mit dem Unterstügten vereinbart worden ist.

Für alle hier erörterten Erbschaftsprüche gilt die 4jährige Verjährungsfrist; sie beginnt vom Ablauf des Jahres an, in dem die Unterstügung gewährt worden ist.

Das in dieser Betrachtung mit seinem wesentlichsten Inhalte geschilderte neue Recht ist am 7. Juni 1931 in Kraft getreten. Es soll dazu beitragen, durch eine der heutigen Anschauung entsprechend gerechte Verteilung der Fürsorgekosten das finanzielle Leistungsvermögen der Fürsorgeträger zu stärken, dient mithin sowohl dem öffentlichen als auch dem Interesse der großen hilfsbedürftigen Schichten unseres Volkes selbst. Denn das finanzielle Leistungsvermögen der Fürsorgeträger ist letzten Endes eine entscheidende Voraussetzung für eine geregelte und ausreichende Fürsorge. W. Keller.

Vorberichte über Vorträge, Kunst und Verwandtes.

* **Kurhaus.** Morgen Sonntag findet 16 Uhr ein Sinfonie-Konzert des Kurorchesters unter Leitung von Musikdirektor Hermann Irmer statt. In dem Abendkonzert wirkt Konzertmeister Rudolf Bergmann solistisch mit. — Die moderne Tanz-Diele im kleinen Saale des Kurhauses bleibt vorerst bestehen und die allwöchentlichen Tanz-Tees (Sonntag und Donnerstags) finden dort statt. — In der ersten Veranstaltung der Literarischen Gesellschaft in Verbindung mit der Kurverwaltung am Dienstag, spricht Erich Edwin Dönges zum erstenmal in Wiesbaden. Dönges wird uns mit seiner Vorlesung ein Werk von großem dokumentarischem Wert vermitteln. Der Vortrag findet 20 Uhr im kleinen Saale statt. — Der Gesellschaftspaziergang am Dienstag führt zum Jagdschloß Platte. Treffpunkt 14.30 Uhr am Haupteingang des Kurhauses. — Die Tanzkünstlerin Elinor von Obßfeld, die am Mittwoch im großen Saale des Kurhauses mit der Tanzgruppe des Mainzer Stadttheaters gastiert, hat bei Mary Wigmann, Max Terpis, Yvonne Georgi und Harald Kreuzberg studiert, war vier Jahre erste Solotänzerin an den städtischen Bühnen in Hannover und zuletzt Ballettmeisterin am Stadttheater in Bern. Das Programm ist auf einen weiteren Abend abgestimmt und bringt sowohl Gruppen- als Solotänze.

Wiesbadener Lichtspiele.

* **Ufa-Palast.** Am Sonntagvormittag 11.30 Uhr findet wieder eine Morgenfeier statt. Zur Vorführung gelangt „Tiere in Gefangenschaft“, ein hochinteressanter Kulturfilm der mit dem Leben der Tierwelt hinter den Gittern und Gittern unserer Tiergärten vertraut macht. Mitglieder der Kulturverbände erhalten Vergünstigung.

Aus dem Vereinsleben.

* **Der Biochemische Verein Wiesbaden** und Umgebung hielt am 8. Oktober in seinem Vereinslokal „Turnerbund“, Schwalbacher Straße, seine Jahres-Hauptversammlung ab. Der Überblick, den der erste Vorsitzende über die Entwicklung der Biochemischen Volkshilfe im allgemeinen und deren Träger, den Biochemischen Verein Wiesbaden, im besonderen gab, zeigte, daß der biochemischen Naturheilbewegung nach den Grundrissen Dr. med. Schüblers aus allen Schichten der Bevölkerung sehr reges Interesse dargebracht wird. Die Neuwahlen zeigten den Gemeinschaftssinn, indem die Hauptposten wieder beauftragt und nur zur Entlastung einzelner Vorstände neue Mitarbeiter gewählt wurden. Außer einigen rein internen Beschlüssen wurde festgelegt, in Zukunft jeden ersten Dienstag im Monat im Vereinslokal zur gemeinsamen Aussprache abenden zusammen zu kommen und dabei auch Freunde und Gönner einzuführen. Für das neue Vereinsjahr sind zahlreiche Lichtbilder und andere Vorträge vorgesehen.

* **Am Montag** fand die regelmäßige Pflichtversammlung des Deutschen Frauen-Dienstes, E. W., im Hotel „Union“ statt. Zwanzig neue Frauen wurden verpflichtet, was in der gewohnten, feierlichen Art vor sich ging. Der übrige Teil der Sitzung wurde ausgefüllt durch eine Aussprache über die Schwere der Zeit, zu deren Linderung der Frauen-Dienst beizutragen sich nach Kräften bemühen soll. Mit Gedichtvorträgen und gemeinsamen Gesängen fand der Abend seinen Abschluß.

Festnahme des Gemälbediebs.

12 wertvolle Gemälde gestohlen.

— **Mannheim, 9. Okt.** In der Gemäldegalerie im Schloß sind heute Nacht durch Einbruchsdiebstahl 12 wertvolle Gemälde, zumeist holländische Meister des 17. Jahrhunderts, entwendet worden. Die Täter sind vom Schloßhof des Schlosses aus mit einer Leiter durch ein Fenster eingestiegen, nachdem sie mit einem Diamanten das Fenster angeritzt und dann eingedrückt haben. Sie haben die Gemälde sachgemäß ausgeräumt, ein Stild von der Wandbespannung heruntergerissen, sie darin eingewickelt und das Paket mit einer Gardinenschnur verschürzt. Die Täter sind dann durch ein anderes, günstiger gelegenes Fenster wieder verschwunden. Die Bilder haben einen Wert von etwa 175 000 Mark.

— **Frankfurt a. M., 9. Okt.** Die Frankfurter Kriminalpolizei hat den Bilderdieb festgenommen. Er hatte einem Frankfurter Antiquitätenhändler ein Bild angeboten mit der Erklärung, daß er noch weitere elf auf dem Bahnhof lagern habe. Der Antiquitätenhändler schloß Verdacht und benachrichtigte die Kriminalpolizei, der es gelang, den Dieb im Hauptbahnhof festzunehmen. Man fand bei ihm elf Bilder, eins will er in einem Frankfurter Geschäft zurückgelassen haben. Es handelt sich um einen russischen Ingenieur namens Iwan Maslante, der bisher noch leugnet, aber eine plausible Erklärung über den Erwerb der Bilder nicht abgeben kann. Es ist anzunehmen, daß es sich hier um denselben Dieb handelt, der in Wiesbaden die in Koblenz gestohlenen Gemälde verkauft hat.



Moderner Kirchenbau in Libanon (Astrila).

Eine neue Kirche in Libanon (Astrila). Der unermüdeten Arbeit der christlichen Missionare ist es gelungen, die Bewohner der libanesischen Wüste, die noch vor einigen Jahrzehnten zu den wildesten und gefährlichsten Völkern des schwarzen Erdteils gehörten, allmählich in den europäischen Kulturkreis einzubeziehen. Überall, wo die christliche Religion Fuß faßt, entstehen Neubauten von Kirchen und Schulen, deren Stil, wie unser Bild zeigt, sowohl dem subtropischen Charakter des Landes wie dem modernsten Geschmack Rechnung trägt.

Zum 400. Todestag des großen Schweizer Reformators Ulrich Zwingli.



Ulrich Zwingli, geboren am 1. Januar 1484 in Wildhaus (Toggenburg, Schweiz), gefallen am 11. Oktober 1531 bei Kappel (Schweiz).

Am 11. Oktober 1531 fiel in der Schlacht bei Kappel der große Schweizer Reformator Ulrich Zwingli im Kampfe gegen die katholischen Kantone der Schweiz. Zwingli war schon in seiner Jugend von den humanistischen Schriften beeinflusst und kämpfte als Leutpriester am großen Münster in Zürich für eine Reformation der katholischen Kirche. Es gelang ihm, den ganzen Kanton Zürich für seine neuen Ideen zu gewinnen und so den Boden für seine Reformation in der Schweiz zu bereiten. Als glühender Patriot nahm er an allen Kämpfen seiner Heimat teil und fand den Tod in dem Kriege der protestantischen Kantone gegen die katholischen.



Das große Münster von Zürich, in dem Zwingli seine reformatorischen Predigten hielt.

Aus Provinz und Nachbarschaft.

Eine Seilbahn von der Saar bis zum Rhein.

— Mainz, 9. Okt. Von einem sensationellen, weittragenden Plan erfährt der „Mainzer Anzeiger“ von zünftiger Seite. Danach beschließen sich die offiziellen Kreise des Saargebietes mit dem ersthaften Plan, eine Drahtseilbahn von Saarbrücken nach dem Rhein zu bauen, die nach Rückgliederung des Saargebietes die Beförderung der saarländischen Massengüter nach dem Rhein so verbilligt, daß die Ungunst der Lage des Saargebietes und der Nachteil seiner durch die Fertigstellung des Rhein-Herne- und Lippe-Seitenkanals noch ungünstiger gewordene Frachtlage ausgeglichen werden kann. Die Bahn ist als vorläufiger Erlass für einen Kanalbau gedacht. Die Kosten des Baues sind mit insgesamt 18,5 Millionen Mark vorgesehen. Bei einer voraussichtlichen Beförderung von 1 Million Tonnen Kohle und rund 550 000 Tonnen Eisen aus dem Saargebiet und von 1/2 Million Tonnen Kohle nach dem Saargebiet würde sich nach der angestellten Rentabilitätsberechnung der Frachtpreis pro Tonne für die Gesamtstrecke auf 1,90 Mark stellen, während jetzt 5,40 Mark für Kohle und 9 Mark für Roheisen und Stahl gezahlt werden.

Ein Offenbacher als zeitgemäßer Kaspar Hauser.

— Frankfurt a. M., 9. Okt. Wie aus der dänischen Stadt Nyborg gemeldet wird, wurde dort vor ungefähr drei Wochen ein unbekannter Mann aufgegriffen, der auf alle Fragen nach seiner Herkunft keine Auskunft gab und sich als Taubstummer auführte. Er schrieb verschiedene Bemerkungen in englischer Sprache, wobei man annahm, daß es sich um einen Engländer handle. Schließlich brachte man den geheimnisvollen Unbekannten in ein Hospital, wo er plötzlich dem leitenden Arzt gegenüber in fließendem Deutsch erklärte, er heiße Richard Keim und stamme aus Offenbach a. M. Da er keine Mittel für seinen Unterhalt gehabt hätte, sei er auf den Gedanken gekommen, den Simulanten zu spielen. Der angebliche Keim wurde darauf der Polizei übergeben.

Diebeskolonne auf Fahrrädern.

— Frankfurt a. M., 9. Okt. Seit einiger Zeit laufen bei der hiesigen Kriminalpolizei Anzeigen ein, wonach parkende Autos, Lastautos und Dickschularen von einer Bande junger Leute systematisch beraubt werden. Die Räuber führen Fahrräder mit sich, um sofort nach begangenem Raub ausrücken zu können. So wurde am Mittwoch in der Freiherr-von-Stein-Straße von einem Surfschein ein Auto geplündert. Er übergab die Beute sofort einem Komplizen, der sich auf sein Fahrrad schwang und verschwand. Auf die gleiche Art und Weise wurde am hellen Tage in der Textorstraße der Drückwagen einer Lebensmittelhandlung beraubt. Hier erbeutete ein Dieb über 200 Eier und 30 Stück Butter und übergab sie vier jungen Surfschein, die mit den Fahrrädern in der Nähe standen. Kaum hatte jeder von ihnen sein Quantum erhalten, als er auch schon davonfuhr.

500 Mark Belohnung in der Mordjache Holtermüller.

— Bad Kreuznach, 9. Okt. In der Mordjache des Föhrers Holtermüller hat der Oberstaatsanwalt zur Ermittlung des Täters eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt.

Großfeuer auf dem Hunsrück.

— Bruchweiler, 9. Okt. In Hammerbirkensfeld geriet die Wohnung des Landwirts Widenberger in Brand. Da sich die meisten Dorfbewohner auf dem Felde befanden, konnte sich das Feuer ungehindert ausbreiten. Die Flammen griffen mit rasender Schnelligkeit um sich, und in kurzer Zeit stand auch das Nachbaranwesen des Landwirts Brunt in Flammen. Die beiden Gebäude wurden völlig eingeäschert. Die Entstehungsurache des Feuers ist unbekannt.

Eingemeindung Dornbergs durch Groß-Gerau.

— Groß-Gerau, 9. Okt. Der Kreisausschuß des Kreises Groß-Gerau hat weitere Zuschüsse des Kreises für die Wohlfahrtsunterstützungen der Gemeinde Dornberg davon ab-

hängig gemacht, daß Dornberg die Eingemeindungsverhandlungen mit Groß-Gerau einleitet. Der Gemeinderat von Dornberg hat sich darauf in öffentlicher Sitzung mit der Eingemeindungsfrage beschäftigt. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Der Gemeinderat will zunächst noch einmal mit dem Kreisausschuß Groß-Gerau verhandeln.

— Kierstein a. Rh., 9. Okt. Hier stürzte von einem durchfahrenden belgischen Schiff ein Schiffer durch Ausrutschen ins Wasser. Obwohl das Unglück sofort bemerkt wurde, konnte dem Mann leider keine Hilfe gebracht werden. Der Ertrunkene, ein Belgier, ist Vater von acht Kindern.

— Althausen, 9. Okt. Gestern mittag ereignete sich hier ein bedauerlicher Unglücksfall. Das fünf Jahre alte Söhnchen des Wehgers Franz Regel lief von der Haustreppe auf die Straße, wurde von einem Auto angefahren und mehrere Meter mitgeschleift. Obwohl der Fahrer das Wagens sofort stark bremste, war das Unglück nicht zu vermeiden. Das Kind erlitt einen Schädelbruch und sonstige Verletzungen. Mit dem Sanitätsauto wurde der Junge ins Rüdeshheimer Krankenhaus eingeliefert.

— Weissenheim (Glan), 9. Okt. Ein Kindesraub spielte sich in den Nachmittagsstunden hier auf offener Straße ab. Aus einem von außerhalb kommenden Auto stieg ein Mann, ergriff aus einer Gruppe spielender Kinder ein kleines Mädchen und nahm es mit sich in den Kraftwagen. In schneller Fahrt fuhr das Auto dann davon. Die sofort unternommenen Nachforschungen ergaben, daß eine von ihrem Mann getrennte lebende Frau auf diese gewalttätige Weise sich wieder in den Besitz ihres Kindes setzte.

— Dillenburg, 9. Okt. Bei Rangierarbeiten wurde heute früh der 32 Jahre alte Rangierer Wilhelm Kunz aus Gesehshelden bei Dillenburg überfahren und so schwer verletzt, daß ihm beide Oberschenkel im Krankenhaus amputiert werden mußten. Dort ist er auch wenige Stunden nach der Operation gestorben. Er hinterläßt eine Frau nebst einem kleinen Kind.

Marktberichte.

Mainzer Produktenmarkt-Bericht.

— Mainz, 9. Okt. Großhandels-Einstandspreise per 100 Kilo loco Mainz. Weizen 22½—23 ruhig, Roggen 21—21½ ruhig, Hafer 15—17 ruhig, Braugerste 17—17½ vernachlässigt, Industrieerster 16½—17 ruhig, Futtererster 14½ ruhig, Südd. Weizenmehl Spez. 0 37,15 ruhig, Roggenmehl 60 Prozent 31—31½ stetig, Weizenkleie fein 8½ ruhig, Weizenkleie grob 9½ ruhig, Roggenkleie 9½—10 ruhig, Bietreiber 11—12 fest, Erbsenmehl 12½—12¾ ruhig, Kollotuch 12½—17½ ruhig, Palmöl 9½—10 ruhig, Kapseln 8½—9½ ruhig, Kleeheu lose 4,60 ruhig, dito geb. 5,20 ruhig, Maschinenstroh 3,— ruhig, Drahtstroh 3,20 ruhig, Sojabohnen 12—12½ ruhig, Fodenschneid 5½—6½ ruhig.

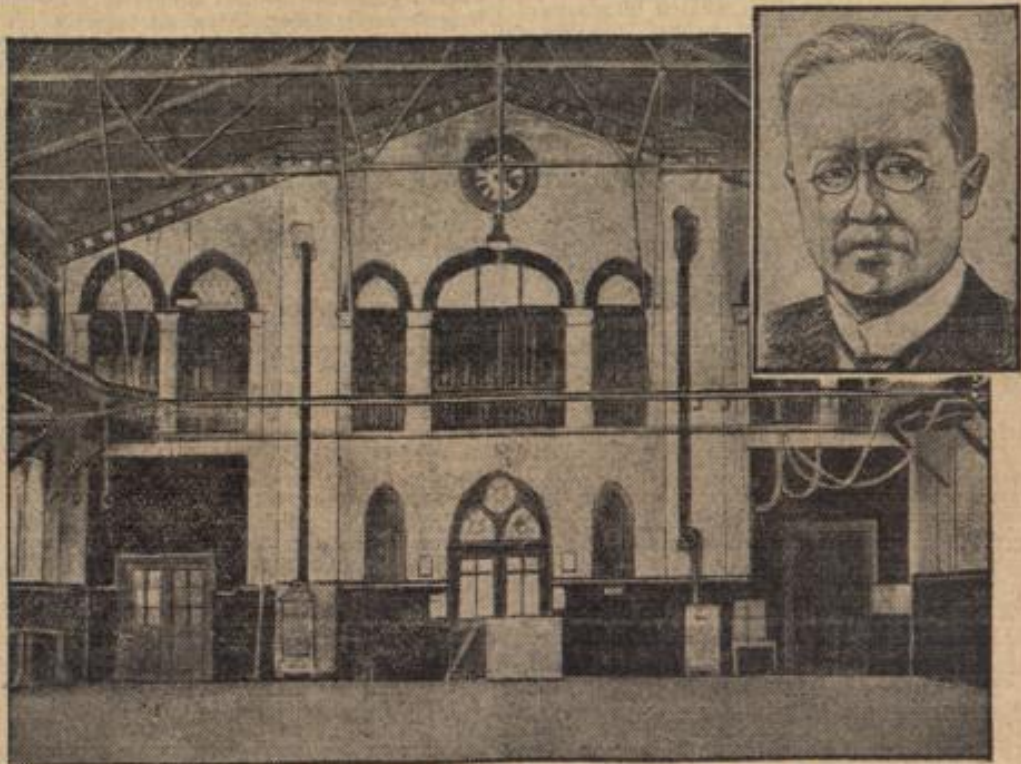
Voraussichtliche Güte der Getreideernte in Preußen im Jahre 1931.

Berlin, 9. Okt. Vom Winterweizen werden bei einem Gesamttrag im Jahre 1931 von 22,16 (1930: 20,84) Millionen Doppelzentner 37,6 (42,3) Prozent als gut, 37,5 (37,0) Prozent als durchschnittlich und 24,9 (20,7) Prozent als gering beurteilt. Für Winterroggen lauten die entsprechenden Zahlen bei 52,09 (56,63) Millionen Doppelzentner Gesamttrag: 47,8 (37,8) Prozent beziehungsweise 35,3 (37,0) Prozent beziehungsweise 16,9 (25,2) Prozent, für Sommererster bei 12,94 (12,51) Millionen Doppelzentner Gesamttrag: 37,1 (35,0) Prozent beziehungsweise 39,8 (40,3) Prozent beziehungsweise 23,1 (24,7) Prozent und für Hafer bei 44,58 (38,38) Millionen Doppelzentner Gesamttrag 35,7 (28,9) Prozent beziehungsweise 37,3 (36,6) Prozent beziehungsweise 27,0 (34,5) Prozent.

Gerichtssaal.

* Frankfurter Jagd-Prozess und Notverordnung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der Jagd-Prozess auf Grund der letzten erlassenen dritten Notverordnung von einer anderen Instanz, als ursprünglich beabsichtigt, erledigt wird. Es sind augenblicklich Erörterungen im Gange, ob nach den ergangenen neuen Bestimmungen der Prozess statt vor dem Frankfurter Großen Schöffengericht vor der Großen Strafkammer verhandelt werden soll. Die beiden für die Verhandlung vorgesehenen Richter würden verbleiben, ein dritter Richter — die Großen Strafkammern sind mit drei Juristen besetzt — müßte zugezogen werden. Es kämen dann auch die für das Landgericht bestimmten Landrichter in Betracht. Mit der Verweisung des Prozesses an die Große Strafkammer ändert sich in der vorgesehenen Organisation nicht viel, nur wird dadurch den Angeklagten die Möglichkeit genommen, sich noch an eine Berufungsinstanz zu wenden, denn gegen ein Urteil der Großen Strafkammer gibt es nur Revision.

* Zuchthaus wegen Briefberaubungen. Als an einem Frankfurter Posthalter ein Zivilist erschien und den Beamten bat, ihm 30 Zehnmarken-Marken in Geld umzutauschen, erkundigte sich der Beamte, woher die Marken seien und er erfuhr, daß der Zeuge sie von dem Postkassierer Philipp K. geschenkt erhalten hatte. Wie kommt der Beamte K. dazu, Marken zu verschenken, fragte man sich, und die Post ging der Sache nach. Es ergab sich dann, daß K. der Briefunterdrückung verdächtig erschien, und als man ihn ins Gebet nahm, gab er zu, sieben Briefe sich angeeignet zu haben, die Geld oder Briefmarken enthielten. K., der in durchaus geordneten Verhältnissen lebte, der im Krieg 53 Schlachten und Gefechte mitgemacht hatte, befand sich seit 1926 bei der Post und wurde zuletzt bei der Abfertigung abgehender Briefsendungen im Hauptpostamt beschäftigt. Nach den Untersuchungen der Überwachungsstelle war K. bereits 1930 an den Briefverlusten beteiligt, doch bestritt er, sich damals schon Briefe rechtswidrig angeeignet zu haben. Erst von April dieses Jahres an will er die Verfehlungen begangen haben. Die beraubten Briefe verbrannte er im Küchenherd. Der ungetreue Postkassierer hatte sich vor dem Frankfurter Großen Schöffengericht zu verantworten, wo er angab, er habe 180 M. Nettogehalt beiseite und sei durch schwere Erkrankungen seiner Frau in Notlage geraten. Das Gericht erkannte wegen fortgesetzten Amtsverbrechens auf eine Zuchthausstrafe von einem Jahr und 50 M. Geldstrafe. Dem seit dem 19. Juni in Untersuchungshaft weilenden Angeklagten wurde die Umwandlung der Zuchthausstrafe in eine Gefängnisstrafe empfohlen. Auch soll nach Verbüßung von zwei Monaten der Angeklagte Bewährungsfrist erhalten. Der Haftbefehl wurde aufgehoben.



Vor dem Beginn des Calmette-Prozesses in Lübeck.

Der große Saal der Lübecker Haupt-Turnhalle, in der der Prozess stattfinden wird. Oben rechts: Professor Dr. Dede, der Direktor des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck. Am 12. Oktober beginnt in Lübeck der mit Spannung erwartete Prozess gegen die verantwortlichen Leiter des Allgemeinen Krankenhauses in Lübeck, denen die Anklage vorwirft, es bei der Anwendung des Calmette-Verfahrens bei 253 Säuglingen an der genügenden Sorgfalt fehlen gelassen zu haben. Von den Säuglingen sind 75 gestorben. Die Freie Stadt Lübeck hat für Fürsorgemaßnahmen bei den erkrankten Kindern bisher 350 000 Mark ausgegeben.



Der Sport des Sonntags.

Fußball.

Um den DFB-Pokal.

Berlin: Brandenburg — Mitteldeutschland.

Braunschweig: Norddeutschland — Baltischer Verband.

Die Vorrunde um den DFB-Pokal ist fällig. Es treten allerdings morgen lediglich die Mannschaften von vier Verbänden an, da Süddeutschland freilos zog und die Begegnung West — Süddeutschland auf den 18. Oktober verlegt wurde. Das Interesse an den Bundespokalspielen als solche ist in den Verbänden stark im Abnehmen begriffen, und der Verband Brandenburgischer Ballspielvereine will daher bei der kommenden Bundestagung den Antrag auf Verzicht des Pokalspielsprogramms stellen. Eine Annahme eines solchen Antrages müßte allein vom sportlichen Gesichtspunkt aus sehr bedauert werden, ganz davon abgesehen, daß dem Bund ein nicht zu unterschätzendes Werbemittel für den Rasensport verloren ginge. Schließlich haben die Bundespokalspiele noch in jedem Jahre ein starkes, wenn auch lokalisiertes Interesse gefunden, dem man auch weiterhin Rechnung tragen sollte. Die Begegnungen der einzelnen Verbände unter sich müssen auch fernerhin das Merkmal der Geschlossenheit und Stärke des DFB nach außen hin wahren. Abgesehen davon, daß Brandenburg und Mitteldeutschland diesmal sehr starke Einheiten aufbieten, die sich in der Reichshauptstadt wahrscheinlich einen sehr reizvollen und sportlich wertvollen Kampf liefern dürften. Man kann durchaus nicht die Berliner als Favoriten bezeichnen. Dagegen wird Norddeutschland wohl bestimmt die Vorrunde überleben und die Balten elf das Nachsehen haben.

Süddeutschland.

Die Vorrunde geht nach Ablauf des morgigen Spieltags so ziemlich überall als reiflos abgeschlossen. In den Gruppen beginnen z. T. schon die Rückspiele. Wiederum sind einige sehr wichtige Partien zu verzeichnen. Nordbayerns 2. Platz muß die SpVgg. Fürth gegen die Würzburger Kickers verteidigen. In Würtemberg könnte die noch unbefiegte Germania Böttingen ihre Chancen schon durch einen Teilerfolg gegen Union Böttingen wesentlich verbessern. Falls der VfB. Karlsruhe den FK. Rastatt schlägt, wäre in Baden vorerst die Frage um den Besitz des 2. Platzes geklärt, der allerdings auch weiterhin vom FK. Freiburg und Rhön-Karlsruhe bedroht bleibt. Am Rhein verliert SV. Waldhof nach einem Sieg über den sehr widerstandsfähigen VfR. Mannheim gemeinsam mit dem VfL. Niederrhein, der in Rundenheim die SpVgg. zum Gegner hat, wieder an die Tabellen Spitze zu gelangen. In der Gruppe Saar ist die Vorentscheidung in dem großen Spiel FK. Saarbrücken — FK. Birmensfeld zu erwarten. Die bedeutendste Begegnung Süddeutschlands ist aber das Münchener „Derby“.

Bayern München — 1860 München.

das den südbayerischen Meister als Favoriten sieht, dessen Ausgang jedoch völlig ungewiss ist. Am Rhein wird Union Niederrhein gewaltige Anstrengungen machen, um die Offenbacher Kickers vom 2. Platz zu verdrängen, auf den HSV. Frankfurt, der die Frankfurter Germania empfängt, gleichfalls Ansprüche erhebt. Sehr harten Widerstand wird Eintracht bei dem VfL. Neu-Isenburg finden, dagegen muß der SK. Rot-Weiß zu Hause gegen HSV. Heusenstamm in Front erwartet werden. Der Ausgang des für die Abstiegfrage eine Rolle spielenden Kampfes Germania Bieber — SpVgg. 1902 Griesheim ist unbestimmt.

Gruppe Hessen.

Wiesbaden: Sportverein — Wormatia Worms!

Urbach: Viktoria — HSV. 1905 Mainz.

Kassel: SpVgg. — SK. 1898 Darmstadt.

Worms: Alemannia — Olympia Lorch.

Waldorf: Viktoria — FK. Vangen.

Der entscheidende zweite Teil der hessischen Verbandsspiele wird morgen eröffnet. SpVgg. Kassel liegt in knapper Führung vor HSV. 1905 Mainz und Wormatia Worms. Es fragt sich, ob der Reuling über die nächsten Kämpfe noch Atem genug hat, um das sich nun entzündende Nord- und Südrennen weiter durchzuhalten. Morgen allerdings ist die Führung kaum bedroht, denn die Form des als Gast erscheinenden SK. 1898 Darmstadt war bisher als ausgesprochen schwach zu bezeichnen. Es müßte am Fort Hessen schon sehr seltsam zugehen, wenn die Kaskader nicht einen sicheren Sieg herauszuholen könnten. Der Mainzer Rivale hat es dagegen in Urbach schon wesentlich schwerer, zumal der HSV. 1905 auswärts erst einmal siegen konnte. Möglicherweise erleichtert der spielerische Rückgang der Viktoria das Vorhaben des Meisterschaftskandidaten, der eigentlich dem seitherigen Kampferlauf nach als solcher vorläufig nicht mehr anzusprechen ist. Alemannia Worms sucht auf eigenem Platz Revanche für das in Lorch verlorengegangene Punkterbe.

SK. Wiesbaden — Wormatia Worms.

Als vierfacher Hessenmeister stellt sich Wormatia Worms in diesem Jahre an der Frankfurter Straße den Einheimischen zum Kampf. Ein glatter Vorspielsieg von 3:0 Toren stärkt ihr den Rücken. Trotzdem betritt die Wormer Elf, vielleicht zum erstenmal seit einigen Jahren, durchaus nicht siegesgewiss das Wiesbadener Gelände. Das Gefühl der Unbesiegbarkeit ist ihr seit dem Weggang Philipps abhanden gekommen. Die früher so zielstrebigen Schützen verloren an Beweglichkeit und damit an ihrer gefährlichen Durchschlagskraft, und trotz der immer noch hervorragenden Arbeit der Hintermannschaft mit dem geistigen Leiter Pösterl mußte der Meister einige empfindliche Niederlagen einstecken, die ihn zeitweise in der Tabelle stark zurückwarfen. Morgen soll sich nun entscheiden, ob er weiter in der Lage ist, in der Hessegruppe im vordersten Treffen eine Rolle zu spielen oder aber, ob er von dem Sportverein Wiesbaden aus seiner derzeitigen eingenommenen Position endgültig verdrängt werden kann. Von dem morgigen Treffen hängt fast alles ab. Wir erwarten daher spannende 90 Minuten. Die Elf des Platzvereins steht in ununterbrochener Befestigung; lediglich an Stelle von Staudt führt Rühl den Angriff, während Eberhardt halbrechts stürmen wird. Anstoß um 3 Uhr.

Privatspiele: SK. Hamburg — 1. FK. Nürnberg; FK. Karlsruhe — Grashoppers Zürich. — Länderspiele: Belgien — Polen in Brüssel; Dänemark — Finnland in Kopenhagen.

Kreisliga, Kreis Wiesbaden.

SK. Dohheim — SK. Altdorfheim (1); SK. Winkel — FK. 1902 Biebrich; FK. Geisenheim — SK. Opel Rüsselsheim; SpVgg. Raunheim — SK. Kofheim.

Morgen greift der SK. Dohheim mit Schneider; Wagner, Scheurich; Ehrig, Birt, M. Schneider; Bleidner,

Matthes, End I., Britting, End II. in den Kampf um die Führung des Wiesbadener Kreises ein. Er hat keinen geringeren als den Meisterschaftsfavoriten SK. Flörsheim um 3 Uhr auf dem Waldsportplatz in Dohheim zum Gegner. Zweifelslos eine sehr schwere Aufgabe für die Einheimischen, aber auch ein sehr hoher Preis! Schon ein Teilerfolg ließe einen Wiesbadener Ligaverband wieder mehr hervortreten. — Nicht ohne Aussicht fährt der FK. 1902 Biebrich nach Winkel. Die Elf befindet sich vor acht Tagen in solch guter Spiellage, daß man ihr wenigstens ein Unentschieden zutraut. Opel Rüsselsheim bestreitet ein hartes Geleht in Geisenheim, während SK. Kofheim selbst auf dem Platz in Raunheim gegen die SpVgg. die besseren Aussichten hat.

Kreis Mainz: Haffia Bingen — SpVgg. Mombach (1); SK. Mainz — FK. 1902 Kreuznach; FK. Weisenau — Olympia Weisenau. — Nur drei, dafür aber sehr interessante Begegnungen, von denen wiederum das Treffen Bingen — Mombach die Hauptstellung einnimmt. Da sich Haffia wieder in aufstrebender Form befindet, ist es durchaus möglich, daß die SpVgg. Mombach eine Niederlage einstecken muß, zumal sie nicht in ihrer stärksten Besetzung antreten kann. SK. Mainz sollte nach einigen Mißerfolgen gegen Kreuznach 1902 remittieren können; im Weisenauer Pokalspiel bezieht FK. die besseren Aussichten.

A-Klasse, Gruppe Wiesbaden.

Kickers — Spielvereinigung (1); SK. Dohheim — Borussia Kassel; FK. Sonnenberg-Rambach — SK. Nassau; SpVgg. Hochheim — SK. Erbenheim; SK. Bischofsheim — SK. Ginsheim.

Wieder ist ein Wiesbadener Pokalspiel fällig! Um 10.30 Uhr stehen sich auf dem Sportplatz Gersdorffstraße (Exerzierplatz) Kickers und Spielvereinigung (vorher 2. Mannschaften) gegenüber. Erstere verteidigen sich immer noch mit bewundernswürdiger Fähigkeit trotz unverschuldeter Mißerfolge weiter in der oberen Tabellenhälfte, die Elf der Spielvereinigung verliert mit Macht den Anschluss nach vorne. Wir halten die beiden Mannschaften auf dem Gelände der Kickers für ungefähr gleichstark, die Gäste vielleicht für etwas unverbesserlicher, da sie noch nicht so schwere Begegnungen wie die Kickers hinter sich haben. Falls die Kickers-Angriffe nicht rechtzeitig und stark genug einziehen, kann letzterer Umstand für das Schlussergebnis ausschlaggebend sein. SK. Dohheim dürfte vor einem weiteren Sieg stehen, denn es ist nicht damit zu rechnen, daß die Kampfkraft von Borussia Kassel ausreichen wird, um die wichtigen Aktionen der Einheimischen ernstlich zu gefährden. Der namentlich auf der linken Seite wenig exakt arbeitende Dohheimer Angriff sollte sich diesmal in verstärkter Weise durchsetzen können. Anstoß um 10.30 Uhr auf dem Waldsportplatz; um 9 Uhr spielen die 2. Mannschaften. SK. Nassau hat in Sonnenberg-Rambach von jeher mit einer besonders starken Portion Pech und Unglück gekämpft. Auch diesmal wird sie einen entsetzlichen Gegner antreffen, der stark bemüht ist, seine Position zu verbessern. SK. Erbenheim wird in Hochheim kaum etwas ausrichten können. SK. Bischofsheim ist gegen die Ginsheimer in Front zu erwarten.

Gruppe Rheingau: In Biebrich muß der SK. 1919 Biebrich antreten, wo er alles aus sich herausgeben muß, um an einer Schlappe vorbeizukommen. HSV. 1908 Schierstein hat sich mit dem SK. Eibingen auseinanderzusetzen. Die Einheimischen gelten als Favoriten. Ferner spielen: FK. Dettlich — SpVgg. Eltville; Schwarz-Weiß Rudesheim — SK. Hattenheim; SK. Bad Schwalbach — FK. Erbach.

B-Klasse: Um 9 Uhr empfängt Sportverein (3. M.) den SK. Hahn zum fälligen Verbandsspiel auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße.

Weitere Spiele: Sportvereins 2. Mannschaft spielt um 1.15 Uhr in der Aufstellung Hoffmann; Köpfer, Hirschberg; Tiele, Schlotter, Wenz; Keicher, Brüst, Ullmann, Kraus und Edel gegen die gleiche Vertretung der Wormatia Worms auf dem Sportplatz an der Frankfurter Straße. Auf dem Waldsportplatz in Dohheim spielen um 1 Uhr Sportverein (2. M.) gegen SK. Flörsheim (2. M.). — Jugend: In der A-Jugend-Klasse spielen: SK. Raunheim — SK. Kofheim. SK. Dohheim — SK. Wiesbaden. Sportverein spielt um 5 Uhr auf dem Sportplatz an der Frankfurter Str. nach dem Treffen der Liga. Die 1. Jugend von Erbach weist daselbst um 12 Uhr, um mit der SK. A 2. Jugend ihre Kräfte zu messen. Die gemischte Jugend bezieht sich nach Biebrich zum FK. 1902 und trägt dort ein Privatspiel aus. Spielbeginn um 9 Uhr auf dem Sportplatz an der Nassauer Straße. Die Schüler von Sportverein und Reichsbahn stehen sich um 8.45 Uhr auf dem Reichsbahnplatz gegenüber. Die B-Jugend pausiert. Reichsbahns 2. Schüler weilen in Biebrich beim FK. 1902. Treffpunkt um 8 Uhr Ecke Adolfsallee und Kaiser-Friedrich-Ring. Die 1. Reichsbahn-Jugend ist spielreif. SK. Dohheims Schüler haben um 5 Uhr auf dem Waldsportplatz die SpVgg. Wiesbaden (Schüler) zum Gegner. Das 4. Verbandsspiel der SK. Dohheim (Jugend) führt diese um 3.30 Uhr an der Gersdorffstraße mit der gemischten Jugend des SK. Dohheim zusammen. Die Schüler des SK. Dohheim sind Gast des SK. Nassau (4. Verbandsspiel).

Pokal-SB. (Jugend-Abteilung): Morgen stehen sämtliche Mannschaften im Wettkampf, und zwar: 9 Uhr (Exerzierplatz, Tribünenplatz): 2. Schülermannschaft — 1. Knabenmannschaft; 10 Uhr (Tribünenplatz): 2. Jugendmannschaft — 2. Jugend SK. Nassau (Verbandsspiel); nachmittags 1.45 Uhr trifft sich die 1. Schülermannschaft am Hauptbahnhof zur Abfahrt nach Dettlich. Daselbst 4.45 Uhr Verbandsspiel gegen die 1. Schülermannschaft von FK. 1920 Dettlich.

Handball D. S. B.

In der süddeutschen Bezirksliga

haben in Würtemberg die Gruppenführer, Polizei- und Kickers Stuttgart, ihre Spitzenstellung gegen SpVgg. Tübingen, bzw. SpVgg. Fellbach zu verteidigen. KSV. Jüfenghausen — Sportfreunde Tübingen und Polizei Heilbronn — SK. Reutlingen sind als Platzierungsspiele anzusehen. In Bayern wird der vorne liegende Ulmer FK. wenig Mühe haben, die erst dieses Jahr aufgestiegene Münchener Post auch auf eigenem Boden zu bezwingen.

Am Rhein steht der Favorit, SK. Waldhof, vor einem nicht leichten Kampf in Ludwigshafen gegen „Fals“. In den Mannheimer Lokaltreffen sollte es sich entscheiden, wer weiterhin als Meisterschaftsanwärter zu gelten hat. Polizei wird es gegen TSG. schwerer haben, als FK. gegen FK. 1908. Ganz im Hintergrund spielt sich Phönix gegen SpVgg. ab. FK. Ostersheim und JG. 1903 Ludwigshafen bemühen sich, im Mittelfeld weiter vorzustoßen.

An der Saar wird sich Saarlouis-Köben von dem Ortsrivalen ESB. nicht von der gerade errungenen Führung verdrängen lassen. Sein hartnäckigster Konkurrent, Westmark Trier, muß in Bous gegen SpVgg. sehr auf der Hut sein, um nicht auch den 2. Platz zu verlieren, nach dem Sportfreunde Saarbrücken und SpVgg. Merzig in gegenseitigem Kampfe streben.

In der Pfalz steht der Vorort Kaiserslautern gegen die „Proving“. Der bis jetzt siegreiche VfR. erwartet Ingobertia St. Ingbert, Dorchin, zu Viktoria, begibt sich Reichsbahn, und der 1. FK. hat in Sulzbach gegen SK. 1905 anzutreten.

Am Main wird es VfR. Schwanheim keine große Anstrengung kosten, die Spitze gegen die Offenbacher Kickers zu halten. Bedeutsam für die Gruppierung der ersten Platzanwärter sind die Gefechte TSG. Höchst gegen TSG. Langen und die Frankfurter Begegnung „Eintracht“ — HSV.

In Hessen treffen die Startenburger unter günstigen Aussichten mit den Rheinhesen zusammen. Was will Wormatia Worms gegen SK. 1898 oder Alemannia gegen Rot-Weiß Darmstadt? Eher noch könnten sich die Wormer Polizisten in Braunshardt gegen TSG. durchsetzen. In Darmstadt wird SpVgg. Arheilgen gegen die Polizei nichts ausrichten können.

Gruppe Südrhein:

Haloah Wiesbaden — Post Wiesbaden.

Sportverein Wiesbaden — Polizei-SB. Wiesbaden.

HSV. 1905 Mainz — 1. FK. 1902 Kreuznach.

So schön wie diesmal haben wir die vier einheimischen Ligamannschaften lange nicht mehr beisammen gehabt. Sie kämpfen naheinander — Haloah und Post um 9.45 Uhr; Sportverein und Polizei um 11 Uhr — auf dem Reichsbahnplatz, so daß die Freunde des Handballs eine passende Gelegenheit haben, sie gegeneinander abzumäßen und ihre Rangfolge, die nach dem augenblicklichen Tabellenstand Sportverein, Post, Polizei, Haloah lautet, entsprechend zu korrigieren. In ihrer neuen Aufstellung, durch den ausgezeichneten Torhüter Horn im Sturm beträchtlich verstärkt, sollten die Polizisten morgen auch gegen Sportverein eine ganz andere Rolle spielen können wie im Vorspiel, wo sie bekanntlich mit 3:15 eine schwere Schlappe erlitten. Es haben gemeldet:

Sportverein: Mund; Kromer, Hauser; Müller, Gruber, Bader; Gäng, Collenbusch, P. Streib, E. Streib und Kieg. Polizei: Hoffmann; Schiedhering, Schall; Bahn, Herbert, Reist; Axt, Horn, Bape, Kindsvogel und Langschied.

Von Post und HSV. 1905 Mainz erwarten wir, daß sie ihre Gegner mindestens mit den gleichen Ergebnissen wie in der Vorrunde (6:3) bezwingen.

Kreis Wiesbaden:

SK. 1919 Biebrich — Siegfried Wiesbaden.

FK. Raunheim — Reichsbahn-TSG. Wiesbaden.

SK. Ginsheim — Kanufreunde Biebrich.

In der A-Klasse haben die Biebricher die in der Vorrunde gewonnene Führung im Rückspiel gegen einen Angriff Siegfrieds zu verteidigen, gleichzeitig gilt es, die 4:3-Niederlage aus dem ersten Gang wettzumachen. Der Ansturm der Wiesbadener wird nicht so fruchtig ausfallen, wie sie selbst gerne möchten — ein Sieg brachte sie mit an die Spitze —, denn sie sind durch Sperrungen und Verletzte in den vorderen Reihen geschwächt; aber er ist dennoch nicht aussichtslos.

Reichsbahn müßte in Raunheim abermals gewinnen — das Vorspiel entschied sie 6:2 für sich —, um den Gegner wieder ans Tabellenende zu verweisen. Nach der mäßigen Leistung am vorigen Sonntag ist daran zu zweifeln, ob dies gelingt.

In der B-Klasse mußten im ersten Teil des Kampfes die Biebricher Kanufreunde in Ginsheim eine empfindliche Niederlage hinnehmen. Zu Hause gelang es ihnen dann, sich zu reorganisieren. Es ist wahrscheinlich, daß die Ginsheimer, die am letzten Sonntag sogar aus Schierstein einen Punkt mitnehmen konnten, im dritten Gang den Spiel wieder umdrehen.

Die Reservisten von Post und Siegfried be gegnen sich um 1.30 Uhr auf dem Reichsbahnplatz; auf dem Platz der Polizei spielt um 9.15 Uhr Sportvereins 3. Elf gegen die 2. Mannschaft der Polizei.

Die Jugendmannschaften von SK. 1919 Biebrich und Siegfried haben Vorpielniederlagen auszugleichen. Diese in Mainz gegen HSV. 1905 und jene in Bischofsheim gegen SpVgg.

Die Damen des Sportvereins sind um 3 Uhr auf dem Exerzierplatz (Feld 2) beim Schwimmklub zu Gast, gegen den sie in der Vorrunde 5:2 gewinnen konnten. SK. 1919 Biebrich und HSV. 1908 Schierstein streben um 2 Uhr auf dem Dohderhofplatz nach der Entscheidung, die das Vorspiel (1:1) nicht brachte.

Leicht-Athletik.

Quersfeldeinsäufe der DSB-Landesverbände leiten am Sonntag zu den Herbstwäldläufen über, die an den weiteren Oktobersonntagen zum Austrag kommen. Die süddeutschen Streckenläufer treffen sich in Ettlingen.

Im Ausland verdient neben dem italienischen Marathonlauf vor allem der Völkerkampf Ungarn-Derreich in Budapest Beachtung, in dem die Ungarn die besseren Aussichten haben.

Hockey.

Der Wiesbadener Tennis- und Hockeiklub spielt Sonntagvormittag auf dem neuen Sportplatz „Unter den Eichen“ mit drei Mannschaften gegen die Turn- und Sportgemeinde Höchst. Der Beginn der einzelnen Spiele ist wie folgt festgelegt: 8.30 Uhr: 2. Herren; 9.45 Uhr: 1. Herren; 11 Uhr: 1. Damen. Aus für nachmittags noch vorgesehenes gewöhnliches Spiel der Junioren fällt wegen Abgabe des Gegners aus. — Der Klub hat jetzt auch eine Seniorenmannschaft zusammengestellt, deren erstes Übungsspiel für Samstagnachmittag 4 Uhr angesetzt ist. Vielfachen Wünschen Rechnung tragend, sollen auch noch Knabenmannschaften gegründet werden. Meldungen hierzu werden jederzeit beim Trainer des Klubs oder beim Platzmeister entgegengenommen.

Die heutige Ausgabe umfaßt 10 Seiten und „Das Unterhaltungsblatt“

Verantwortlich für Politik und Handel: H. Kersch; für Unterhaltung, Stadtnachrichten und den letzten Schlußteil: J. G. Kersch; für die Anzeigen und Anzeigen: H. Dornau, sämtlich in Wiesbaden. Druck und Verlag des „Wiesbadener Tagblattes“ in Wiesbaden.



12⁵⁰
LACK



12⁵⁰
BRAUN BOX



12⁵⁰
SCHWARZ
WILDLEDER





SALAMANDER

Wiesbaden, Langgasse 2.

3923

Spezial-Ausschank von preuß. Domänen-Weinen

Pokal . . . von Mk. 0.31 bis 0.60
Flasche . . . von Mk. 1.95 an
 garantiert naturrein u. unverschnitten.
 Einfache billige Tagesplatten.

Metropole

Quellenhof, Nerostraße 13, Ph. Feulbach.

Heute Samstag und Sonntag Spezialität:

Erbsensuppe m. Schweinsohr 0.40
 Bismarck m. Kraut u. Kart. . . 0.60
 Huhn auf Reis . . . 1.10
 1/2 Hahn, Kart. u. Salat . . . 1.25

Guter Mittags- und Abendisch.

Ihre Bruch

wird immer größer, wenn Sie ein schlechtes und lästiges Bruchband tragen. Durch solche Bänder verschlimmert sich das Leiden und kann zur Todesursache werden. (Es entsteht Bruchheilmittel, die operiert werden muß und den Tod zur Folge haben kann.) Fragen Sie Ihren Arzt. Bei dieser eine Bandage verordnet, dann muß es in Ihrem Interesse liegen, sich meine äußerst bequeme, unverwundliche Spezial-Bandage anfertigen zu lassen. Durch Tag- und Nachttragen meiner Bandagen haben sich nachweislich Bruchleidende selbst geheilt.

Wertm. A. B. schreibt u. a.: „Mein schwerer Leistenbruch ist geheilt. Ich bin wieder in meinem 66. Lebensjahre ein ganzer und glücklicher Mensch.“ Landwirt Hr. St. schreibt u. a.: „Ich sehe mich genötigt, Ihnen nach 2 Jahren meinen innigen Dank auszusprechen. . . wurde ich ganz befreit von meinem Leiden.“

Bandagen von 15 RM. an. Für Bruch- und Vorfal-Leidende kostenlos zu sprechen in: Wiesbaden, 12. Oktober, von 8-1 Uhr im Hotel „Neuer Adler“, Goethestraße 16, Bad Schwalbach, 12. Oktober von 3-6 Uhr im Hotel „Löwenburg“.

Außerdem **Leibbinder** nach Maß in garantiert undbestreffener Ausführung
 R. Ruffing, Spezialbandagist, Köln, Richard-Wagner-Str. 16. F88a
 (Vertreter gesucht.)

Clubhaus Sportverein

früher Holls Bierstube, Bärenstraße 6

Heute Samstag, 10. Oktober **Unterhaltungs-Konzert**

Sonntag **Tanz** Stimmungs-Kapelle

im 1. Stock O. Bernhardt

NB. Ab 6.15 Uhr sämtl. süddeutsche Sportresultate.

DER TASCHEN-FAHRPLAN

des Wiesbadener Tagblatts

in dem bekannten handlichen Buchformat (80 Seiten stark) ist in unserem Verlag, in allen Buch- und Schreibwarenhandlungen, sowie in den Zeitungsverkaufsstellen erhältlich

Preis 30 Pfg.

Gültig für den Winter 1931/32

METROPOLE

Jeden Samstag
und Sonntag

bei zeitgemäßen Preisen.

TANZ

Frankfurt a. M. Pferde-Märkte

12. Oktober, 7. Dezember 1931.

Durchschnittl. Auftrieb 700 Pferde aller Rassen, auch Schlachtpferde. Größte Auswahl u. beste Gelegenheit für Kauf oder Tausch. Ein Besuch dieser Märkte ist zu empfehlen. Der Handel Sonntags verboten. F134a

Apothekendienst in Wiesbaden

vom 10. bis 16. Oktober.

Sonn- und Feiertagsdienst und gleichzeitig Nacht-dienst von abends 7 Uhr bis morgens 8 Uhr, sowie Mittagsdienst von 1/2-2 1/2 Uhr. Der Nachtdienst beginnt Samstag oder am Vortage des gesetzlichen Feiertags. In der Zeit von 8 Uhr abends bis 8 Uhr morgens wird ein gesetzlicher Zuschlag von 1 RM. für jede Anrufnahme erhoben.

Blücher-Apothek. Döbelmer Str. 83. Fernspr. 28204
 Löwen-Apothek. Langgasse 31. Fernspr. 27682
 Theresien-Apothek. Wehrstraße 11. Fernspr. 26325
 Victoria-Apothek. Rheinstr. 45. Fernspr. 27156

Apothekendienst in Wiesbaden

Sonntag, den 11. Oktober 1931.

Wagner-Apothek. Rainzer Str. 30. Fernspr. 61429

Ortsverband Wiesbaden

zur Pflege von Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

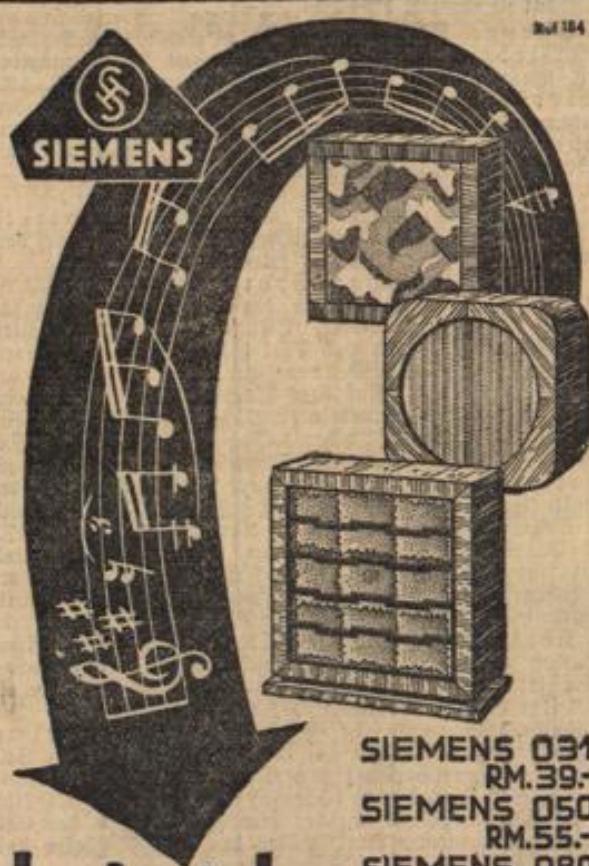
Auf die am Sonntag, den 11. Oktober, 11.30 Uhr vorm. im

UFA-PALAST

stattfindende 5. Film-Morgenfeier, bei der der Film

Tiere in Gefangenschaft

zur Vorführung gelangt, werden die Mitglieder der uns angeschlossenen Vereine empfehlend hingewiesen. Mitglieds-kart. mitbringen, da Vergünstigung.



Lautsprecher
veredeln den Empfang
 Vorführung in allen Fachgeschäften

SIEMENS 031 RM.39.-
 SIEMENS 050 RM.55.-
 SIEMENS 080 RM.88.-

Makulatur

zu haben im

Tagblatt-Haus (Schalterhalle rechts).

Jede Dame

ist entzückt, wenn sie unsere

Modelle

erblickt. 3726

Große Auswahl. Kleine Preise.

Schuhhaus

Drachmann

Neugasse 22.



GUT PASSENDE AUGENGLÄSER

OPTIKER DORNER

MARKTSTR. 14

Bratgänse, Safermaß. 7-12 Stk., Braten. 3-4 Stk., 1/2 Stk. 75 Pf., Bratbühnen, 1-3 Stk., 1/2 Stk. 70 Pf., fr. geschl. u. gerupft. Rahn. 5. Kropat. Mäherlei seit 1884. Potrafen (Dlpr.).

Johannesstift

nimmt noch Wäsche zum Waschen und Bügeln an.

Piatier Straße 78

Reisiche

AUSSTELLUNG

DAS JDE HEIM

Montag letzter Tag
 SAVINHOFFS
 BECK
 GILLES PORTAL
 MAINZ

Eintritt frei!

ENTWÜRFE

KLISCHEES

ABGÜSSE

MATERN

in bester Ausführung

L. Schellenberg'sche

Hofbuchdruckerei

Wiesbadener Tagblatt

Fernsprecher 59631

Damen finden freudl. Aufnahme

sweds. Entbind. F102a

Entbindungshaus

Frau Ott, Gebarme

Mainz, Rheinstr. 40.

Telephon Gutenberg 3096

Karten- und

Handelefunk

Frau Boh, Schiersteiner

Str. 26, 2. Nur Damen.

Ein Zimmer und Küche

zum 1. November zu

vermieten. Nerostraße 6.

Vormittags einleihen.

Besuchen Sie das

Park-Unternehmen

Wilhelmstraße 36

Tel. 28716/17

Eintritt freil

Kabarett:

Täglich Abendvorstellung

Tanz-Diele:

Witfried Wilden konfiziert das auserwählte

Bar:

Täglich ab 9 Uhr: Barbetrieb mit Stimmungs-musik!

Tanz-Tee:

Täglich nachmittags von 5 bis 7 Uhr.

Oktober-Programm!

Kein Weinzwang!

In 38 Tagen um die Welt.

Eine Rekordfahrt über die Kontinente. — Eindrücke und Erlebnisse.

Von Dr. Fritz Kaufmann.

10. Fortsetzung.

(Nachdruck verboten.)

Im Vergnügungsviertel der Hauptstadt Koreas.

Ein- und zweistöckige Holzhäuser, lampenbehangen, blumen- geschmückt, mit mehr oder weniger grellen Aufschriften, dazwischen eine fröhliche Menge, durch die sich allgalt Kadfahrer, ein hell leuchtender Lampen als Verkehrslicht am Steuer, durchwinden: Ich befinde mich nämlich mitten im Vergnügungsviertel von Kejo. Aus den meisten Häusern schallt Musik, meist freilich nur die Klänge eines Grammophons oder Orchestrions, die alte euro- päische Schlager abspielen. In den Türen stehen, in festlich bun- ten Kimonos, geschminkte Japanmädchen mit hohen Kadfrisuren; das also sind sie, die weltberühmten Geishas, die hier zum Be- such ihres Weinlokals, der Bar oder Café chantant — oder was sich sonst hinter den Holzwänden mit den bunten Schildern bergen mag — einladen. Sie stehen ganz jittsam, mit keiner Handbewegung oder Miene laden sie zum Näherzutreten ein. Nur wenn ein Gast die Schwelle überschreitet, neigen sie sich tief und geleiten ihn unter lebhaftem Geschnatter mit vielen Bücklingen weiter ins Innere. Die Besucher der Lokale sind übrigens durch- weg Einheimische — wie ich überhaupt während meines Aufenthaltes in Kejo keinem einzigen Europäer begegnet bin.

Nach ein paar Straßen weiter, eine kleine Anhöhe hinauf, hat sich das Bild völlig verändert. Tiefe Dunkelheit herrscht in den engen Gassen, die aus ebenerdigen Häusern gebildet werden: Die Front ist nach der Gasse offen, man beobachtet un- geniert foreanische Familien beim abendlichen Beisammensein.

Ich wende mich wieder stadtwärts und erreiche bald die Hauptstraße, die ich nun in der Richtung zur Bahn zurückgehe. Ich habe noch fast eine Stunde Zeit und beschließe, an der großen Straßenkreuzung, an der ich vorher die Tram verlassen hatte, die zweite der beiden Hauptstraßen entlang zu gehen.

Das war mein Glück. Denn auf diese Weise sah ich das eigent- liche Zentrum Kejos, die Chome Bonmach.

Wenige Schritte hinter der Straßenkreuzung befand sich ein weitgeöffneter Gartengitter, durch das eine gewaltige Menchen- menge strömte. Ich schloß mich dem Zuge an und sah mich in einer langen schmalen Gasse, die von über die ganze Breite ge- spannten elektrischen Lampenbogen taghell erleuchtet war. Zu beiden Seiten einstöckige Geschäftshäuser, alle im strahlenden Lichterglanz, alle gegen die Straße weit offen.

Zwischen den Verkaufshäusern drängen sich Restaurants und Vergnügungskästen aller Art — selbst ein Miniatürkoff bemerkte ich — dann folgen neue Reihen offener Geschäfte. Ich bin vielleicht schon eine halbe Stunde vorwärts gewandert, ein Ende oder auch nur eine Lückstraße ist nirgends zu sehen. Zum Umkehren ist es schon zu spät — auf dem gleichen Wege, in dem Tempo, in dem man hier vorwärts kommt, kann ich den Bahnhof nicht mehr rechtzeitig erreichen.

Endlich ein kleiner, unbeachteter Seitenweg; er mündet in eine breite, stille Straße. Ich diese entlang — ich muß ja bald auf eine Hauptstraße und damit zu einem Verkehrsmittel ge- langen. Auf der gegenüberliegenden Straßenseite hält ein ele- gantes Privatautomobil. Eine europäisch gekleidete Gesellschaft

steigt aus, betritt ein Haus, über dessen Tür ich die Leuchtschrift „Bar“ in englischen Buchstaben lese.

Der Chauffeur sieht mich auf sich zukommen — mit einer Handbewegung läßt er mich ein, im Wagen Platz zu nehmen. Der elegante Chrysler, der jedem Vandalirektor Ehre gemacht hätte, entpuppt sich als Mietwagen! Ich nenne mein Fahrziel: „Zentralkation“ und der Wagen läuft davon. Fünf Minuten später halten wir vor dem Stationsgebäude. (1 Yen = drei- maliger Kotou des Chauffeurs). Zehn Minuten später rollt mein Zug der Küste des japanischen Meeres zu.

Am nächsten Morgen — wir sind nur noch zwei Stunden vom Meer entfernt — das gleiche Bild der foreanischen Land- schaft wie tags zuvor: Berge, Hügel, fruchtbare Ländereien, Bauern, so früh schon an der Arbeit, und Frauen, mit Körben unterwegs zu einem Markt, an dem wir auch bald vorbeifahren — bunte Frische aus Stoff flattern als Fahnen, überreich sind die Tische mit Obst und Gemüse beladen. Wieder Dörfer, jetzt durchschneiden die Geleise die Straßen einer richtigen Stadt, der Zug hält in einer Halle, die sich gegen eine feinerne Role öffnet. Das ist Fusan, Abfahrtsstation nach Japan.

Überfahrt nach Japan.

Die „Toko Yumaru“, ein ansehnliches Boot mit zwei Schorn- steinen, liegt an der Role. In einer Stunde fährt sie ab, nach Shimomoseki auf der japanischen Insel Honshu. Die 200 Kilo- meter lange Seefahrt beträgt sie in acht Stunden. Das Boot unterteilt sich in nichts von europäischen Schiffen ähnlicher Bestimmung. Es könnte zwischen Dänischen und New Haven verkehren, oder zwischen Kagen und Stockholm. Promenaden- deck, Kabinen, Badräume, Restaurant, Lesezimmer — alles tipptopp. Nur die breiten Matten im „Salon“, auf denen sich, die Schuhe am Rande stehen lassend, die japanischen Passagiere alsbald lagern, erinnern daran, daß wir uns im Bereich eines anderen Kulturkreises befinden. Die Abfahrtsstunde ertönt, drei Schlepper schleppen das „Tugendreiche Schiff“ — dies die Über- setzung seines japanischen Namens — dem Hafenausgang zu. Fusan liegt hinter uns, ein Halbkreis von Häusern und Fabriken, von grünen Hügeln umrahmt, ein Weir von Dampf und Motorbooten im Hafen, und wäre nicht von Zeit zu Zeit eine Dampfwolke mit gelbem Segel aufgetaucht — nichts verrät, daß hier die foreanische Küste und nicht ein Stück des südbaltischen oder südpazifischen Landes hinter uns verfliebt.

Am Heck der „Toko Yumaru“ flattert der rote Ball im weißen Feld, die Flagge Japans.

Wir passieren einen langen Wellenbrecher und gewinnen das offene Meer. Etwas ragen ein paar Klippen in die Höhe — typisches Bild der japanischen Küstenlandschaft, deren felsige Schönheit wir noch oft gewahren werden. Dann verschwindet auch sie. Wasser ringsum.

Im Lesezimmer liegen Zeitungen auf, auch ein in Osaka erscheinendes englisches Blatt ist darunter, erst zwei Tage alt. Seit meiner Abreise aus Berlin habe ich keine Zeitung in der Hand gehabt. Ich blättere darin: eine Rubrik „Schiffsnachrichten“.

Behütig sehe ich nach, richtig, da sieht ganz oben in der Ab- teilung „Ausfahrende Schiffe“ — Nordamerika! mein schönes Schiff, die „Empress of Asia“, ab Yokohama Sonnabend, 15 Uhr. Jetzt ist es Sonntag, 11 Uhr — seit 20 Stunden schwinnt das Boot, das mir zur Umseglung der Welt in 27 Tagen verhelfen sollte, auf dem Stillen Ocean — nur, weil ich drei Stunden zu spät in Mandchuria ankam. Denn wie ein Unglück das andere gebiert — statt Freitagabend bin ich nun Sonnabendabend nach Kejo gekommen. Von Kejo sollte mich der Ktoplan in sieben Stunden nach Tokio bringen — aber Sonntag ist auch in Japan Ruhetag für Flugzeuge, und so werde ich weitere 24 Stunden verlieren, weil ich nun per Schiff und Bahn zur Weiterreise ge- zwungen bin. Immerhin — mein Postdampfer der Dollardlinie geht nach dem Fahrplan, den mir Thos Cool in Berlin mitgab, erst Dienstag um 15 Uhr. Ich bin reichlich rechtzeitig in Japan, ja, ich kann mir sogar noch einen Tag lang die größeren Sehens- würdigkeiten zeigen lassen — ich schwanke zwischen den Natur- schönheiten der Inlandsee und den fiktlichen historischen Al- ternativen von Kyoto, der „weltlichen Hauptstadt“ und Kasa, der ehrwürdigen Ordnungshauptstadt des Mikado. In zehn Tagen trägt mich der „President Grant“ nach Seattle, und drei Tage später dampfe ich an Bord der „Bremen“ von New York nach Cher- bourg. Berlin — Berlin in 31 Tagen, noch immer eine ganz schöne Leistung!

Wieder ein falscher Fahrplan.

Doch was ist das? Ich traue meinen Augen nicht, ich muß es nochmals lesen, um es zu erfassen: in der Rubrik der „Aus- fahrenden Schiffe nach Amerika“ gibt es keinen „President Grant“, der am 16. Juni von Seattle ausfährt! Nur einen „President Jef- ferson“, aber sein Abfahrtsstag ist erst — der 20. Juni! Dazwischen — nichts!

Ich kann es nicht glauben, ich muß es immer und immer wieder lesen: „Empress of Asia“ June 13. 3 v. m. (P) — das „P“ bedeutet den Abfahrtsbahnhof Yokohama — darunter: „President Jefferson“ June 20. 3 v. m. (P). Dazwischen — nichts!

Der Fahrplan, den mir Cool in Berlin gegeben hatte, war falsch! Er war veraltet, geändert, umgeköpft, was weiß ich — jedenfalls falsch! Ein „President Grant“ am 16. Juni, mochte es dort auch schwarz auf weiß stehen, existiert nicht. Ich war fünf Tage lang in Japan gefangen!

Adieu „Bremen“, adieu 31 Tage! Die Verzögerung gegen- über meinem ursprünglichen Plan betrug jetzt eine volle Woche, und, da ich wahrscheinlich auch in New York keinen so günstigen Anschluß vorfinden würde, mußte ich mindestens zwei bis drei weitere Verlusttage dazu buchen. Statt 27 Tage würde ich 37 brauchen! Und das alles wegen dreier Stunden, die ich zu spät in Mandchuria eingetroffen bin.

Und wegen der Unmöglichkeit, eine Lokomotive zur Ein- holung des Postzuges zu bekommen, die mir die Verwaltung der Ostchinesischen Bahn abgeschlagen hatte! Umsonst die rus- sischen Sonderflugzeuge, die Drachse zur Grenz! Ich hätte ruhig mit dem südbaltischen Express fahren können — bis zum 20. wäre ich immer noch in Tokio angekommen!

(Fortsetzung folgt.)

Der Amtschimmel von Silby.

Meteore dürfen nicht unverzollt in Amerika niederstürzen.

Aus New York wird berichtet: An einem schönen Abend in diesem Sommer sah der Farmer Semblat mit seinen Söhnen vor der Tür seines Hauses. Man unterhielt sich friedlich, während die Nacht tiefer herniederlang. Eine vollkommen unamerikanische Idylle. Aber plötzlich wurde die Nacht über Silby, das ist der Wohnort des Farmers Sem- blat, grell zerrissen. Ein Meteor zog einen leuchtenden Strich über den Himmelbogen. Glühete, leuchtete und stürzte auf die Erde. Semblat und seine Söhne freuten sich, nachdem sie sich von ihrem Schrecken erholt hatten, des schönen und seltenen Ereignisses, dessen Zeugen sie gewesen waren. Vater Semblat lobte Gott und dankte ihm, daß er den fallenden Stern nicht auf sein Dach oder gar seinen Kopf, sondern nur auf seinen Acker gelenkt hatte.

Am nächsten Tage beschloß er sich auf dem Felde den Platz, wo der Meteor das Erdreich ausgewühlt hatte. Von dem Stein selbst war nichts zu sehen, er war zu tief in den Boden eingedrungen. Aber in Semblat wuchs der Wunsch, das fremde Ding zu sehen, und die Aussicht, daß es sich um ein wertvolles Metall handeln könne, mit dem man wohl gar noch etwas verdienen könne, ließ in ihm den Entschluß reifen, den Meteor auszugraben. Mit seinen Söhnen ging er ans Werk, an ein mühseliges Werk, denn es kostete viel Arbeit und Zeit, ehe man den Block fand. Es war nur Kobalt, der Materialwert machte die Mühe nicht bezahlt. Aber, so dachte Semblat weiter, als Schatzfund kann man den Meteor

der neugierigen Mitwelt zeigen. Und am nächsten Tage las man im Tageblatt von Silby: „Wer noch einen Cent für die Bereicherung seines Wissens und für die Hebung seiner Bildung übrig hat, der besuche das Haus des Farmers Sem- blat.“ Und viele hatten den Cent übrig, einer sammelte sich zum andern, immer mehr, und Semblat machte sein Geschäft.

Eines Tages kam ein Professor auf Semblats Farm, untersuchte den Stein und schrieb darüber eine Abhandlung. Semblat war nicht wenig erlöst, als er nach einiger Zeit einen Brief der Zollbehörde bekam: „Nach den Berichten des Professors Soundso befinden sich in Ihrem Besitze mehrere Feinere Kobalt, die unverzollt in das Zollgebiet der Ver- einigten Staaten von Amerika eingeführt worden sind. Wir fordern Sie hiermit auf, sich bei Vermeidung der in den Paragraphen Soundso, Absatz Soundso, vorgesehenen Strafen hierorts zur Erlegung der Zollgebühr einzufinden, widrigen- falls“

Semblat hat sich einen tüchtigen Anwalt genommen, die Sache hängt nämlich schon beim Gericht. Er will natürlich den Zoll nicht bezahlen, hat aber der Behörde anbeimgelieft, das Kobalt wieder dahin zu schaffen, woher er es unverzollt bezogen habe. Die Behörde aber will das Eisen nicht, sie will es auch nicht an den Verleumdern zurückschicken, sie will den Zoll. Der Prozeß geht weiter.

Und fröhlich wiehert der Amtschimmel.

Frau in der Küche vorausgegangen sei, bei dem Windhager dann seine Frau ermordet hätte. Sie erzählte auch phantasti- sch, daß es ihr vorgekommen wäre, als ob jemand der Schreien der Hand auf den Mund gepreßt hätte. Auch das kleine Kind, das im Schlafzimmer der Eheleute schlief, hätte ihr gesagt: „Bati hat die Mutter erstochen. Mutter war fest blutig.“

In dem ersten Mordprozeß verteidigte sich Windhager vergeblich gegen diese Beschuldigungen. Es nützte ihm auch nichts, daß er die Kindesausgabe auf falsche Befundungen der Zeugen zurückführte. Die Geschworenen wandten sich gegen ihn. Die Glaubhaftigkeit der Zeuginnen wurde nicht weiter untersucht. Der Urteilspruch lautete auf 15 Jahre schweren Kerfers. Erst bei der zweiten Verhandlung stellte es sich heraus, daß die Hauptbelastungszeugin sehr persönliche Rache- motive gegen das Ehepaar hatte. Erst jetzt wurden Sachver- ständige vernommen, die einstimmig feststellten, daß die Hals- wunden auf Selbstmord deuteten und keine Anzeichen für einen Mord vorhanden seien. Das Gericht sprach darauf Windhager unter lautem Beifall der Zuhörer frei. Aber die vier Jahre schweren Kerfers waren an dem unschuldig Verurteilten nicht spurlos vorbeigegangen. Der lebenslustige Mann sah bei der zweiten Verhandlung müde, bleich und weinend auf der Anklagebank. Er bat mit gefalteten Händen um Gerechtigkeit und wiederholte immer: „Es ist schrecklich, wenn man jahrelang unschuldig im Kerker sitzen muß.“

Bier Jahre unschuldig im Kerker.

Die Tragödie eines angeblichen Gattenmörders.

Vor dem österreichischen Schwurgericht in Wels fand dieser Tage der zweite Prozeß gegen einen angeblichen Gattenmörder statt, der vor längerer Zeit zu 15 Jahren schweren Kerfers verurteilt worden war und bereits vier Jahre im Zuchthaus verbracht hatte. In der Zwischenzeit waren begründete Zweifel an dem Wert der Zeugenaussagen, die zu der Verurteilung geführt hatten, entstanden. Das Gericht machte sich im Wiederanfrageverfahren diese Zweifel voll zu eigen und sprach den Angeklagten von jeder Schuld an dem Tode seiner Frau frei.

Karl Windhager lebte mit seiner Frau in nicht sehr glücklicher Ehe, es gab häufig Streitigkeiten. Nach einem solchen Streit rannte die Frau eines Nachts aus dem Schlaf- zimmer in die Küche. Der Mann hörte seltsame, aufgeli- chene Laute und einen schrecklichen Schrei. Als er auf- sprang und seiner Frau nachsah, fand er sie mit schweren Schnittwunden im Hals auf dem Boden liegend. Er alarmierte sofort die Nachbarn, aber es war bereits zu spät. Die Frau starb, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben. Selbstverständlich fanden sich sehr bald getreue Nachbarn, die Windhager des Mordes an seiner Frau verdächtigten, besonders eine Frau Franziska Schmalwieser, die auch den Schrei gehört hatte, bezeugte, daß er wie „Karl“ geklungen hätte und höchstwahrscheinlich ein Kampf zwischen Mann und

Die Verhaftung wegen des Züfterboger Attentats.

Belaustende Funde bei der Familie des Anehtes Bartels.

Der in Hohensee bei Züfterbog verhaftete Dienstmacht Kurt Bartels, der mit der Sprengstoffbe- schaffung für das Eisenbahnattentat bei Züfterbog in Zu- sammenhang gebracht wird, stammt aus Petershain, wo im Dezember aus einem Steinbruch 25 Kilogramm Sprengstoff gestohlen worden waren. Die Oberstaatsanwaltschaft Götting ließ in Petershain die Eltern und die Geschwister des Bartels festnehmen. Bei einer Durchsuchung ihrer Woh- nung sollen nicht nur größere Mengen Sprengstoff, sondern auch belastende Schriften und weiteres Material gefunden worden sein. Aus Götting verläutet zu dieser Angelegenheit weiter, daß die Familie Bartels linksradikalen Kreisen nahesteht.

Anschlag auf das Haus des Essener Oberbürgermeisters. Im Vorgarten der Dienstwohnung Dr. Brachts in Essen- Breidenen explodierte ein Sprengkörper. Es handelt sich um eine mit Sprengstoff und Schrotstücken gefüllte Metall- flasche, die über den Gartensaum bis an das Haus geworfen worden war und dann durch eine Fündschnur zur Explosion gebracht wurde. Am Gebäude entstand geringer Sachschaden. Einige Fensterheben im Erdgeschoß gingen in Trümmer. Die Polizei hat umfangreiche Ermittlungen nach den Tätern eingeleitet.

Mord an der Ehefrau. In Koburg schloß der 60jäh- rige Rittergutsbesitzer, Oberleutnant a. D. Hermann Frhr. von Stetten, genannt v. Brodorotti, mit seinem Jagdgewehr seine Ehefrau, eine geborene Freiin v. Münchhausen aus Bochstadt bei Weiningen, nieder. Der Mordtat war ein Streit zwischen den Ehegatten vorangegangen. Die Schwer- verletzte, die ins Koburger Landeskrankenhaus verbracht wurde, ist inzwischen gestorben. Der Täter wurde verhaftet.

Die Explosion in Gdingen. — Drei Verhaftungen. Von den Todesopfern an der Explosionskatastrophe in Gdingen sind bereits 12 geborgen worden. Aus Warschau ist eine Mini- sterialkommission zur Untersuchung der Ursachen der Kata- strophe im Flugzeug eingetroffen. Drei Direktions-Mit- glieder der Firma Gafolina, die die Geseitungsarbeiten in Gdingen ausgeführt hat, sind verhaftet worden. Die Be- erdigung der Opfer findet auf Kosten der Stadt, vorläufig- sichtlich am Sonntag, statt.

Erdbeben in Italien. In dem bei Perugia gelegenen Cascia ist in der Nacht zum Donnerstag ein starkes Erd- beben verspürt worden. Die Bevölkerung hat panikartig die Häuser verlassen und den Rest der Nacht im Freien zu- gebracht. Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Die Leiche des deutschen Postfliegers Simon aufgefunden. Associated Press meldet aus Paterson (Neuhottland), daß die Leiche des verunglückten Piloten des Postflugzeuges der „Bremen“, Fritz Simon, aufgefunden worden ist. Der kanadische Flieger Leigh, der die Leiche in der Cobequidban fand, hat die Ansicht geäußert, daß Simon kurz vor der Berg- ung noch am Leben gewesen sei. Leigh erklärte, er habe Simon mit Schwimmweste aufrecht im Wasser schwimmend gefunden, aus einer Kopfwunde sei noch Blut geflossen und die starre Hand habe noch das Monokel gehalten.

Industrie und Handel.

Wirtschaftliche Wochenschau.

Die Börse bleibt geschlossen. — Englisches Pfund und USA-Dollar. — Die Internationale Währung? — Die europäische Bau- und Wohnungspolitik. — Die Verluste der Kapitalflüchtigen.

An der Börse finden zur Zeit bekanntlich keine Umsätze statt. Es werden daher auch keine amtlichen Kurse notiert oder Freiverkehrskurse aufgeschrieben und können keine Kursblätter erscheinen. Dagegen ist der Telephonhandel erlaubt, um den Effektenverkehr nicht völlig zu unterbinden. Es besteht also auch heute die Möglichkeit, durch Vermittlung der Banken Wertpapiere zu kaufen und zu verkaufen. Doch dürfen die Kurse, zu denen solche Umsätze stattfanden nicht veröffentlicht werden, weder in der Presse, noch in Kurslisten der Banken. Dieses Veröffentlichungsverbot der Freiverkehrskurse, das schon einmal bestand und, auf die Kritik hin, aufgehoben wurde, ist also wieder erlassen worden. Die Bedenken gegen dieses Verbot liegen vor allem in dem Umstand begründet, daß die Interessenten aus den Kreisen des Publikums keine Möglichkeit haben, die ihnen genannten oder gerechneten Kurse nachzuprüfen. Lediglich die Kurse von an ausländischen Börsen gehandelten internationalen und deutschen Effekten dürfen auch in Deutschland veröffentlicht werden. Es kommen also in der Regel nur große Werte oder Auslandsanleihen in Frage, von denen die an anerkannten ausländischen Börsen notierten Kurse weiterverbreitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden dürfen. Diese Kurse sind ja keineswegs erhebelnd, da sie nicht nur unter den ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland, sondern auch unter der nicht viel besseren Entwicklung der Wirtschaft und Börsen des Auslandes zu leiden haben. Grobes, anhaltendes Angebot und geringe, nur gelegentliche Nachfrage haben überall an den Börsen und auf den Effektenmärkten Tiefkurse entstehen lassen, die noch vor einem Jahr für unmöglich gehalten worden wären. Von Seiten der Börse und der Parteienvorstände wird nun trotzdem eine Wiedereröffnung der Börse gewünscht und gefordert, einmal, um wieder einen Börsenmarkt mit der Marktlage entsprechenden Kursen und Umsatzmöglichkeiten zu schaffen, dann aber auch, um den Börsenteilen, insbesondere auch den freien Maklern, Verdienstmöglichkeiten zu geben. Die Regierung und die Reichsbank sind aber strittig gegen eine Wiedereröffnung des Börsenverkehrs, besonders weil immer noch die Möglichkeit starker Auslandsverluste besteht und diese die Devisenbestände der Reichsbank unerwünscht in Anspruch nehmen würden. Dies ist tatsächlich ein Moment, vor dem andere Wünsche, und seien sie noch so berechtigt, vorläufig zurücktreten müssen.

Die deutschen Börsen werden also für die nächste Zeit weiter geschlossen bleiben.

Das englische Pfund und der Dollar der Vereinigten Staaten von Nordamerika waren bis vor kurzem Währungen, an deren Wertbeständigkeit und Solidität kein Mensch zu zweifeln gewagt hätte. England mußte inzwischen den Goldstandard aufheben, das Pfund wurde vom Golde losgelöst und wurde sofort von heftigen Schwankungen ergriffen. Der Präsident der Barclays Bank wies zwar dieser Tage in einer Rede daraufhin, eine Erklärung der englischen Regierung, zur Pflicht der Noteneinstellung in Gold zurückzuführen zu wollen, werde bereits eine starke Besserung der gegenwärtigen ersten Weltlage herbeiführen. Es sei jedoch nötig, kufenweise zur Pflicht der Goldeneinstellung und zur alten Wertgleichheit zurückzukehren, aber nicht eher, als die Erhaltung des Pfundwertes gesichert sei.

Die Verwirklichung dieses Zieles hänge aber von der endgültigen Lösung der Kriegsschuldenfrage und des Reparationsproblems ab.

In den Vereinigten Staaten ist zwar die Währung noch stabil, aber Frankreich — das die Entwicklung in England, wenn auch nicht verursacht, so doch durch seine Haltung beschleunigt hat, — verliert jetzt auch die Schwierigkeiten auf dem New Yorker Geldmarkt. Ausdrückt vor wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten in den Vereinigten Staaten werden die noch in den letzten Monaten reichlich nach New York geflossenen kurzfristigen Gelder in den letzten Tagen wieder zurückgezogen. Die Führung hat dabei wieder Frankreich, das auch darüber hinaus Kreditkündigungen vornimmt. Dazu kommt aber noch, daß die Bank von Frankreich und andere französische und Schweizer Banken amerikanische Schatzscheine und Dollarnoten aus ihren Devisenbeständen gegen Gold verkaufen. Gegenüber den beträchtlichen Goldabziehungen mußten die Vereinigten Staaten bereits zu Schutzmaßnahmen schreiten. So wurden, um den Dollarkurs zu halten, gerade in Paris größere Dollarkäufe durchgeführt.

Die französischen Angriffe auf den Dollar werden vielleicht das eine Gute haben, daß die Amerikaner endlich einmal zu Verhandlungen über die Frage der Sanierung der Kriegsschulden geneigter werden, wozu eine Klärung der Weltlage in wirtschaftlichen Verhältnissen in erster Linie abhängt.

Die Währungsschwankungen haben in der heutigen Wirtschaft nicht nur unangenehme Folgen für das betreffende Land sondern für die ganze Welt. So brachte der Kurssturz des englischen Pfundes nicht nur den Engländern Verluste, auch alle anderen Staaten, die Pfundbesitzern in Börsen hatten oder aus Lieferungen Pfundforderungen hatten, erlitten Kurseinbußen. Selbst die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, die BIZ, in Basel, muß jetzt die an den in London unterhaltenen Pfundguthaben eingetragenen Verluste abschreiben. Diese Erfahrung hat die Vorlegung eines Planes beschleunigt, der die Einführung einer internationalen Währung vorsieht. In der Verwaltungsratsung am 12. Oktober soll dieses Problem bereits erörtert werden. Die Idee selbst ist recht einfach.

Die Weltwährung soll von der BIZ ausgehen und auf Vork von den Zentralnotenbanken der beteiligten Länder unterhaltenen Golddepots gegründet werden.

Jedes Land würde dann eine dem hingegebenen Golddepot entsprechende Menge dieser neuen internationalen Noten erhalten. In der Theorie bestehen kaum Schwierigkeiten und die Vorteile, besonders für den internationalen Handelsverkehr, wären ganz beträchtlich. Trotzdem begegnet die praktische Durchführung doch manchen Bedenken. Auf jeden Fall aber wird die Diskussion über dieses interessante Thema mit Spannung erwartet werden dürfen. Die aus den Vereinigten Staaten gekommene Meldung, der Generaldirektor der BIZ, habe vorgeschlagen, die Golddeckung der Währungen der beteiligten Staaten, die — wie in Deutschland — durchschnittlich 40 Prozent beträgt, solle auf 20 Prozent herabgesetzt werden, ist übrigens jetzt ganz energisch demontiert worden. Die Deutsche Reichsbank denkt jedenfalls gar nicht daran, an der geschätzten Golddeckung der Reichsbank

irgendwie zu rütteln, da sie streng und konsequent den Standpunkt beibehält, daß der Wert der Reichsmark unter allen Umständen garantiert bleiben muß.

An der deutschen Bau- und Wohnungspolitik ist gerade in letzter Zeit heftige Kritik geübt worden, nachdem die Entwicklung bewiesen hat, daß die in der Nachkriegszeit und seit der Stabilisierung mit Hauszinssteuermitteln betriebene öffentliche Bautätigkeit in falschen Bahnen gegangen war. Die Verhältnisse sind über die Absichten, einem Wohnungsmangel abzuwehren, hinweggegangen. Während in der Hauptsache mittlere Wohnungen errichtet wurden, andererseits der Altbausektor, besonders soweit er größere Wohnungen umfaßt, schwer geschädigt wurde, zeigt sich heute eine Nachfrage nach nicht vorhandenen Klein- und Kleinstwohnungen. Es war vor allem die wirtschaftliche Tatsache nicht beachtet worden, daß die Wohnungsfrage in erster Linie eine Geldfrage war, und ist. Leider ist diese Erkenntnis erst sehr spät durchgedrungen. Bei diesem Rückblick auf die deutsche Wohnungspolitik kommt unwillkürlich der Wunsch auf,

die deutschen Verhältnisse einmal mit denen in dem übrigen Europa zu vergleichen.

Dazu können die Untersuchungen und Veröffentlichungen des Internationalen Arbeitsamtes in Genf dienen. Hiernach wird Europa — entsprechend der Bedeutung der Währungsverhältnisse für die Finanzierung des Wohnungsbau — in drei Gruppen eingeteilt, je nach dem Grade der Geldentwertung. Die erste Gruppe umfaßt England und die neutralen Länder. Dort, besonders in England, Holland und den nordischen Staaten, erhielten die Gemeinden und privaten Bauunternehmungen große Zuschüsse. Nach vorübergehender Erhöhung sanken die Baukosten auf einen normalen Stand, die Mieten für Alt- und Neuwohnungen gleichen sich an und heute gibt es dort keine Zwangswirtschaft. Bei dieser Entwicklung darf aber auch die günstige Wirkung der in diesen Ländern bisher sehr niedrigen Zinssätze nicht vergessen werden. Von den Staaten, in denen die Vorkriegsparität der Währungen nicht wieder erreicht wurde, interessieren vor allem Frankreich, Belgien und Italien. In Frankreich und Belgien gab es nur Zuschüsse für den Bau

Vom deutschen Weinbau und Weinhandel.

Noch keine feste Preisbildung.

Nach der Frühlese hat in manchen Gebieten zu einem Teil der allgemeine Herbst begonnen. Im allgemeinen wird man aber die Weintraubenlese bei der derzeitigen prächtigen Spätsommerwitterung so lange wie möglich hinausschieben. So kann man auch noch mit einer wesentlichen Qualitätsverbesserung des Heurigen rechnen. Die Menge fällt mit Ausnahmen, die es ja immer gibt, zufriedenstellend aus. Wenn etwas die frühe Reife, zu der man jetzt gegriffen, veranlaßt hat, so war es die vor allem in den Tieflagen um sich greifende Traubensäure. Das Rohherbstgeschäft ist mit Einschränkungen einigermaßen befriedigend verlaufen, dagegen war im Hauptgeschäft bisher noch keine feste Preisbildung und wesentliche Nachfrage festzustellen. Die Preise für Rot- wie auch Weißtrauben liegen sehr niedrig und werden als unzureichend bezeichnet.

Vor Herbstbeginn haben in Rheinhessen noch zwei Weinversteigerungen stattgefunden. Das Weingut Franz Karl Schmitt in Rierstein versteigerte 50 Halbstück Riersteiner Naturweine der beiden letzten Jahrgänge, wobei 1929er weniger begehrt waren, für 300—1380, im Durchschnitt 490 M. Ein verhältnismäßig gutes Ergebnis erzielte das Weingut Geiswiler Schuch in Rierstein. Das freihändige Weingeschäft hat in Rheinhessen eine bemerkenswerte Belebung erfahren. Verkauft wurden mehrere Posten 1930er in Oppenheim zu 580—650 M., bessere Sachen zu 900—1000 M. das Stück. In der heftigen Pfalz fanden namhafte Umsätze von 1930er zu 450—500 M. statt. An der Mosel ist ebenfalls ein regerer Geschäftsgang zu verzeichnen. Vom lektjährigen Jahrgang lagern im Moselgebiet noch rund 30 000 Fuder und hatten der Käufer. 20, 30 und mehr Strauchwirtschaften gibt es oft zu gleicher Zeit an einem einzigen Ort, beim Stadt. In der Rheinpfalz wurden im oberen Haardtgebiet bei besserer Nachfrage für 1930er verbessert 360—380 M., Naturweine in St. Martin und Weipert bis 420 M. die 1000 Liter bezahlt. In Baden wurden 1930er Weiß- und Rotweine am Kaiserstuhl mit 50—105 M. bewertet, im Markgräflergebiet kosteten sie bis 125 M. die Dm (150 Liter). 1930er Württembergische Weiß- und Rotweine stellten sich bei kleineren Verkäufen auf 135—240 M. der Eimer zu 300 Liter. In Franken ist die Nachfrage sehr gering.

Reichsbank-Ausweis.

Notendeckung 30,1 Prozent gegen 31,2 Prozent in der Vorwoche.

Nach dem Ausweis der Reichsbank vom 7. Oktober 1931 hat sich in der verfloßenen Bankwoche die gesamte Kapitalanlage der Bank an Wechseln und Schecks, Lombards und Effekten um 74,0 Millionen auf 3999,1 Millionen Mark verringert. Im einzelnen haben die Bestände an Handelswechseln und Schecks um 142,7 Mill. auf 3688,1 Millionen Mark zugenommen, die Lombardbestände um 132,9 Millionen auf 167,8 Millionen Mark und die Bestände an Reichsschatzwechseln um 89,7 Millionen auf 40,4 Millionen Mark abgenommen.

An Reichsbanknoten und Rentenbanknoten zusammen sind 93,6 Millionen Mark in die Kassen der Reichsbank zurückgefloßen, und zwar hat sich der Umlauf an Reichsbanknoten um 86,3 Millionen auf 4522,9 Millionen Mark, derjenigen an Rentenbanknoten um 7,3 Millionen auf 414,8 Millionen Mark verringert. Dem entsprechend haben sich die Bestände der Reichsbank an Rentenbanknoten auf 12,7 Millionen Mark erhöht. Die fremden Gelder zeigen mit 500,5 Millionen Mark eine Abnahme um 112,9 Millionen Mark.

Die Bestände an Gold und dedungsfähigen Devisen haben sich um 78,7 Millionen auf 1360,8 Millionen Mark verringert. Im einzelnen haben die Goldbestände um 81,5 Millionen auf 1219,3 Millionen Mark abgenommen, die Bestände an dedungsfähigen Devisen um 2,8 Millionen auf 141,5 Millionen Mark zugenommen.

von Wohnungen für kinderreiche Familien und für Familienhäuser.

In Italien wurden nur für einfache Wohnungen für die minderbemittelte Bevölkerung Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gewährt.

Zu der dritten Gruppe gehören Deutschland, Österreich und Polen, also die Länder, die unter der Inflation am meisten gelitten hatten. Hier wurden die Mittel für einen umfangreichen Wohnungsneubau — in der Praxis erst seit der Währungsstabilisierung — durch hohe steuerliche Belastung des Altbausektors aufgebracht, wobei bekanntlich die Stadt Wien (dagegen nicht die übrigen österreichischen Länder), am radikalsten vorging, allerdings mit sehr problematischem Erfolg.

Bis vor kurzem galt es als der Gipfel der Vermögensanlagen: Weisheit, sein Geld ins Ausland zu bringen. In dem Bestreben, das Geld möglichst „sicher“ anzulegen, wurde auf den in Deutschland erzielbaren hohen Zinsertrag verzichtet. Die Befürchtungen, daß diese Kapitalflüchtigen einmal unangenehme Erfahrungen machen könnten, sind unerwartet schnell eingetroffen. Die Ereignisse der letzten Wochen haben den Kapitalflüchtigen zu den nicht zu unterschätzenden Zinsverlusten auch noch beträchtliche Kurs- und Kapitalverluste zugefügt. Das Institut für Konjunkturforschung schätzt die Summe der ins Ausland gewanderten deutschen Kapitalien auf etwa 3,3 Milliarden RM, von denen 1,4 Milliarden RM auf die Vereinigten Staaten, 900 Mill. RM auf die Schweiz, 600 Mill. RM auf Holland, 350 Mill. RM auf Schweden und 250 Mill. RM auf England, Frankreich, Luxemburg entfallen sollen. Berücksichtigt man nun, daß das englische Pfund und die schwedische Krone um etwa 20 Prozent gefallen sind, und auch die anderen von dem Kursverfall des englischen Pfundes betroffenen Währungen um mindestens 10 Prozent gesunken sind, so bekommt man bereits einen ungefähren Überblick über die zu verzeichnenden Einbußen.

Die Kapitalflüchtigen haben also bereits, neben den laufenden Zinsverlusten, einen Kapitalverlust von weit über 100 Millionen RM erlitten.

Dies ist gewissermaßen die Strafe für die Entziehung des Kapitals aus der deutschen Volkswirtschaft. Wer dagegen sein Geld auf einem Sparkonto in Deutschland ließ, der hat nicht nur sein Kapital völlig ungeschmälert erhalten, sondern auch unter Berücksichtigung der dauernden hohen Zinserträge vermehren können.

Die Dedung der Noten durch Gold und dedungsfähige Devisen beträgt 30,1 Prozent gegen 31,2 Prozent in der Vorwoche.

Diskont-Erhöhung in New York.

Zur Eindämmung der dauernden Goldabzüge.

Die New Yorker Bundesreserverbank hat ganz überraschend ihren Diskontsatz von 1½ auf 2½ Prozent heraufgesetzt. Diese Maßnahme wird damit begründet, daß die dauernden Goldabzüge eingedämmt werden müssen. Allerdings muß man sehr bezweifeln, ob sich der erhoffte Erfolg einstellen wird. Denn von den Goldabzügen entfällt nur der allergeringste Teil auf Abzüge, die gemacht werden, weil sich in einem anderen Land bessere Zinsmöglichkeiten bieten. Das Gold, das die New Yorker Banken abgeben müssen, dient vielmehr zur Sicherung der abziehenden Noten- und Kreditbanken, denen dabei die Zinsfrage völlig gleichgültig ist.

Was die New Yorker Maßnahme unverkündet macht, ist, daß sie am Tage erfolgt, an dem Präsident Hoover sein großes Kreditausweitungs-Programm proklamiert hat. Es sollen erweiterte Kreditkontingente für eingefrorene Kredite, insbesondere für Real-kredite geschaffen werden, was eine erhöhte Bereitschaft der Zentralbanken voraussetzt. Und dabei erhöht die wichtigste Zentralbank ihren Diskontsatz. Da ein Konflikt der Regierung mit der New Yorker Bundesreserverbank nicht wahrscheinlich ist, muß man annehmen, daß die Lage einiger Bankinstitute so ernst und ihre Anforderungen so groß geworden sind, daß alle anderen Kredite gedrosselt werden müssen.

* Diskont-Erhöhung der Bank von Frankreich. Die Bank von Frankreich hat ihren Diskontsatz von 2 Prozent auf 2½ Prozent erhöht. Der Satz von 2 Prozent war seit dem 2. Januar 1931 in Geltung.

* Geschäftsbekämpfung im Dillener Industriebezirk. Aber die Lage der Glasindustrie im Bezirk Obere Lahn und Dill wird mitgeteilt, daß die Mehrzahl der Glasereien eine rege Tätigkeit aufzuweisen hat, die allerdings vorläufig saisonmäßigen Charakter zu haben scheint. Die Werke haben ihre Arbeitskräfte zum Teil vollständig wieder einstellen können. Die Belegung erhöht sich allerdings nur auf die Herstellung von Herden und Föhen, während der Abfall der übrigen Handelsgüter nach wie vor schlecht ist. Auch die Basaltindustrie im Dillbezirk hat durch Reichsbahnausträge eine erfreuliche Belegung erfahren können. Immerhin ist die Lage des Arbeitsmarktes im Dillgebiet noch sehr ungünstig. Es sind 6500 Arbeitsuchende vorhanden, rund 1000 mehr als zur gleichen Zeit des Vorjahres.

* Mächtige Stilllegung des Werkes Oberursel der Humboldt-Deutz-Oberursel-AG. Nunmehr kann die endgültige Stilllegung des Werkes Oberursel der Rotorenfabrik Humboldt-Deutz-Oberursel-AG. als sicher gelten. Der Oberurseler Betrieb arbeitet heute noch mit einer Belegschaft von knapp 500 Mann. Man hat bereits begonnen, die Fabrikationsabteilungen von Oberursel nach Köln-Deutz überzuführen. Die endgültige Stilllegung wird allmählich vor sich gehen, so daß ein genauer Termin für die Betriebsruhe in Oberursel nicht feststeht. Offenbar ist man bemüht, wenigstens einen Teil der Belegschaft noch den Winter über in Oberursel zu beschäftigen.

* Maschinenfabrik Milttenberg AG. Die Generalversammlung der Bayerischen Maschinenfabrik AG. in Milttenberg genehmigte den Abschluß für das abgelaufene Geschäftsjahr und beschloß, den Verlust von 9751 M. aus dem Reservefonds zu decken, der sich dadurch auf 30 000 M. vermindert. Es wurde ferner beschlossen, von einer Erhöhung des Aktienkapitals, das gegenwärtig 80 000 M. beträgt, Abstand zu nehmen, da die Ansicht vertreten wurde, daß das derzeitige Aktienkapital den Ansprüchen vollauf genüge. In den Ausschlußrat wurde zugewählt Dipl.-Landwirt Otto Mainz (Wiesbaden-Biedrich).